

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7676.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechs-spaltige Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Werbemerkmal 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Brunn-Strasse 2.

Dienstag, den 3. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Brunn-Strasse 3.

Lehren der Korntheuerung.

Alles Schlimme hat auch eine gute Seite — sagt uns ein Sprichwort. Von der gegenwärtigen Theuerung gilt dies unzweifelhaft. Die Gewohnheit ist bekanntlich die ärgste Feindin des Fortschritts; — sie schläfert das Gewissen und den Zorn ein — nimmt dem Unrecht seinen Stachel und macht sogar das Elend und die Knechtschaft zur zweiten Natur.

So hatte das deutsche Volk schon thatsächlich begonnen, sich an die Schande und an die Bürde der Kornzölle zu gewöhnen, — und die Empörung über den schmachtvollen Großkornwucher unserer Agrarier war schon im Begriff sich abzustumpfen, als der jetzt durch die kapitalistischen Parteien heraufbeschworene Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten ein plötzliches Emporschnellen der Getreidepreise bewirkte und durch die enorme Vertheuerung des Brotes das fluchwürdige der Brotvertheuerung-Politik den Völkern zu klarem Bewußtsein und hartem Empfinden brachte.

Es ist wahr, auch in den Ländern, die keine Kornzölle haben, sind infolge des Krieges die Getreidepreise stark gestiegen, allein das entlastet nicht die Politik unserer Schutzzöllner, die den freien Handelsverkehr hemmen und die Völker von einander abschließen, was mit Nothwendigkeit zur Vertheuerung der Lebensmittel, und zwar zur chronischen Vertheuerung führen muß. Ist die Schutzpolitik ja doch nur ein unblutiger Krieg, dessen Wirkungen auf den Verkehr durch den militärischen Krieg bloß verschärft werden. Jedenfalls ist in den Ländern, wo der Kapitalismus Schutzpolitik auf Kosten des arbeitenden Volks treibt, durch den jetzigen Krieg die Aufmerksamkeit der Völker wieder auf das gemeinschaftliche Handwerk und Regiment unserer Großkornwucherer gelenkt worden. Und das ist gut. Die Hungertravalle in Italien und die Bewegung, welche gleichzeitig in Deutschland und Frankreich gegen das System der Volksaushungierung angefangen hat, wird nicht im Sande verlaufen. Die Sozialdemokratie leider Länder ist entschlossen, den Kampf fortzusetzen, bis den Großkornwucherern und ihren Helfershelfern das Handwerk gelegt ist.

Aber noch eine andere Lehre giebt uns die gegenwärtige Brotvertheuerung. Wie man sich erinnern wird, ist eine der schwierigsten Fragen, die mit bezug auf einen künftigen Krieg aufgetaucht sind, die: wie können die modernen Heeresarmeen verproviantirt und die Völker während des Krieges vor dem Verhungern geschützt werden? Diese Frage ist nun mit einmal brennend aktuell geworden. Wenn bereits ein Krieg, der bei der maritimen Unbedeutendheit Spaniens die Welt Handelsbeziehungen vergleichsweise nur wenig stört, ein solches Emporschnellen der Kornpreise zur Folge hat, wie wird es erst sein, wenn die großen europäischen Kontinentalmächte in einen Krieg mit einer großen Seemacht kommen — sagen wir mit England? Oder wenn, um ganz konkrit zu sein, Deutschland mit irgend einer anderen Macht, die ihm zur See überlegen ist, in Krieg kommt? Es würde dann sofort eine hermetische Absperrung stattfinden, und die Kornpreise würden im Sandumbreden zu Hungerpreisen emporgeschmetelt sein. Die Frage ist so brennend aktuell, daß die französische Presse sich bereits mit dem Plan beschäftigt, einen Kornschatz für den Kriegsfall anzulegen. Dieser Vorschlag, welcher auf die Rückkehr in die vier und fünf Jahrtausende alte Praxis der Ägypter hinausläuft, zeigt so recht handgreiflich das reaktionäre Wesen des Kapitalismus, der die Einrichtungen barbarischer Zeiten wieder zeitgemäß macht.

Doch gleichviel ob barbarisch oder nicht — durch den Krieg zwischen Amerika und Spanien ist den Völkern Europa's ad oculos und sogar ad stomachum — unter den Augen nicht allein, sondern auch an dem Magen — demonstriert worden, daß ein Weltkrieg heutzutage von einer furchtbaren Hungersnoth untrennbar ist.

Und diese Erkenntniß beleuchtet so recht deutlich die wahnsinnige Tollheit unserer Junker, die alles anbieten, um Deutschland gegen England zu hegen, und in dem sich nahenden Weltkrieg zwischen Rußland und England das Deutsche Reich auf seinen Rußlands zu drängen. Es wäre das der sofortige Verlust des ganzen Seehandels, die sofortige Absperrung der amerikanischen und asiatischen Getreidezufuhr, der sofortige Ausbruch der Hungersnoth.

Durch das Spielen mit dem chinesischen Feuer, das noch viel schlimmer brennt als das griechische Feuer, ist diese Gefahr leider dem Reich des Phantasiastischen entzogen worden.

Pablo Iglesias

über den spanisch-amerikanischen Krieg.

Die Redaktion der Wiener Wochenschrift „Die Wage“ hat einen besonderen Berichterstatter nach Spanien geschickt. Derselbe besuchte den auch den deutschen Genossen aufs beste bekannten, für unsere Partei unermüdet thätigen Pablo Iglesias. Der Korrespondent schreibt über diesen Besuch:

„Ziemlich weit vom Centrum Madrids, draußen, wo die Aussicht auf die Felder und Wiesen geht, wohin der Rärm der Hauptstadt nur gedämpft gelangt, wohnt der Führer der Madrider Sozialisten. Bescheiden und einfach in seinem Auftreten, das intelligente, aus-

drucksvolle Gesicht von einem grauen Bart umrahmt, vermag er schon durch seine auffallende Persönlichkeit, durch seine klaren Augen, durch den festen, reinen Klang seiner Stimme, durch das stehende Wort die Aufmerksamkeit des Besuches zu fesseln. Er ist heute eine der markantesten Persönlichkeiten im politischen Leben des Landes. Bei den letzten Wahlen haben sich in allen Städten des Landes, besonders aber in Bilbao, dem Centrum der spanischen Industrie, tausende von Stimmen auf seinen Namen vereinigt. Die scharfen Worte des Sozialistenführers Spaniens gewinnen in diesem wichtigen Augenblick einen besonderen Werth.“

Das folgende disticte Genosse Iglesias dem Korrespondenten der „Wage“ in die Feder:

„Die hispanische Politik der letzten Jahre ist leicht zu charakterisiren: eine Reihe von traurigen Fehlern, von bedauerndwerthen Irrthümern.“

Die früheren Regierungen haben Kuba derart administriert, daß man sich nicht wundern darf, wenn es zu solchen traurigen Folgen gekommen ist. Lange Jahre hindurch hat die Regierung dem kubanischen Volke jede Freiheit verboten, das politische Leben unmöglich gemacht. Die Produktion wurde in jeder Weise vernichtet: die Kubaner gezwungen, immer die spanischen Produkte, welche bekanntlich theuer und schlecht waren, zu konsumiren. Als aber nach dieser langen Reihe von Verfolgungen die Kubaner zu den Waffen griffen und es zu einer Revolution kam, da versuchte man diese mit einem geradezu barbarisch geführten Kriege im Keime zu erlösen.

Unter den Insurgenten giebt es viele Abenteurer, das ist wahr; Maximo Garcia zum Beispiel, einer der Führer, ist ein Mann, der gewiß die Sympathien der ehrlichen Leute nicht für sich in Anspruch nehmen kann. Nach der letzten Revolution in Kuba hatte er mit Spanien Frieden geschlossen, war nach Madrid gekommen. Hier lebte er mit den Männern der Regierung in den besten, geradezu freundschaftlichen Verhältnissen, verkehrte mit Martinez Campos, erhielt auch seitens der Regierung nicht zweifelhafte Beweise von Wohlwollen und Achtung, ich weiß nicht wie oft, nie mehr gegen Spanien die Waffen zu ergreifen. Auf einmal erfährt man in Madrid, daß er seine Sachen verkauft habe und nach Kuba abgereist sei, um dort die Führung der Insurgenten zu übernehmen. Leute wie ihn giebt es in der Reihe der Insurgenten gewiß viele; Leute, die durch eine Revolution nichts zu verlieren und alles zu erlangen hätten. Aber alle als Abenteurer darzustellen zu wollen, ist wohl ein Unrecht. Es sind unter ihnen viele und viele, welche zu den besten, intelligentesten Kreisen zählen; und die durch die Missethatschaften und Ungerechtigkeiten der Regierung gezwungen wurden, gegen sie aufzutreten.

Man glaube anfangs, diese Elemente dadurch gewinnen zu können, daß man verstände, die Führer durch Martinez Campos mit vagen und werthlosen Verwahrungen zu erkaufen. Dann aber, als dies nicht gelang, wurde Wenker, der Grausame, hingschickt; und die zweihunderttausend Männer, die er mißhandelt, hätten die Insurgenten niederdrücken sollen. Man hatte vergessen, daß man es nicht mit regelmäßigen Truppen zu thun hatte; man hatte auch vergessen, mit dem amerikanischen Gelde zu rechnen.

Eines gelang Wenker: den Namen Spaniens auf der ganzen Insel verhaßt zu machen dadurch, daß er Insurgenten und Soldaten in der gleichen infamen Weise behandelte. Und als Campos sich gezwungen sah, Reformen einzuführen — er hätte wohl die Drohung der Vereinigten Staaten — befehlt er Wenker als General. Dadurch wurden die Reformen zu einer grausamen Ironie.

Als die Liberalen Blanco nach Kuba sandten, hatten sie einen Mann gewählt, der in jeder Beziehung der Mission würdig war, die man ihm anvertraute. Blanco ist ein humaner Mann, der gewiß nicht zu Gewaltthätigkeiten neigt; als Beweis dafür kann die That- sache gelten, daß er, im Jahre 1890 Generalkonstabel in Barcelona, die Arbeiterdemonstration des 1. Mai von seinem Balkon aus sympathisch begrüßte. Ferner ist die Autonomie, die Sagasta den Kubanern gewährte, man muß es wohl anerkennen, so liberal gedacht und so weitgehend, daß die spanische Souveränität sozusagen nur dem Namen nach erhalten geblieben wäre und die Insel in kurzer Zeit sich der vollen Freiheit erfreut hätte. Die Zollschranken waren gefallen, und daher war den Nordamerikanern der Markt offen, denn die hispanische Produktion, welche — ich muß es leider wiederholen — schlecht und theuer ist, hätte mit der amerikanischen umsoweniger konkurriren können, als die geographische Lage den Import aus den Vereinigten Staaten außerordentlich begünstigt. Deswegen ist auch das Klimatum der Vereinigten Staaten und die Drängen zum Kriege durch ihre Menschen- und Freiheitsliebe nicht zu rechtfertigen. Daß aber die europäischen Mächte es dulden und es zu einem Kriege kommen lassen, welcher von den furchtbarsten und traurigsten Folgen begleitet sein wird, ist ein derartiges Verbrechen, daß es vor der Geschichte nicht zu rechtfertigen sein wird.

Unser Volk geht zum Kampfe: das Volk, denn in Spanien besteht keine allgemeine Dienstpflicht, und die Reichen und Adelsigen können sich loskaufen: Also mit dem Blute der Armen unter den Armen, mit dem Blute unserer Arbeiter, unserer Proletarien, unserer Bauern wird der Krieg geführt. Was können wir dagegen thun, wie können wir gegen diesen Krieg auftreten, welcher ein Mord ist? Wir können gar nichts thun. Das Volk wird die Irrthümer einer unfähigen Regierung mit seinem Blute bezahlen.

Sagasta rechnet und hofft wohl auf einen kurzen Krieg. Denn daß Spanien lange der Uebermacht, der kolossalen Uebermacht der Vereinigten Staaten widerstehen könnte, kann wohl der unverbesserlichste Optimist und der glühendste Patriot nicht hoffen. Auch das Volk weiß es sehr wohl. Ob sich aber die optimistischen Hoffnungen des Herrn Sagasta erfüllen werden, ist wohl sehr fraglich.

Wie dem auch sei, macht uns die Thatsache, daß es in erster Linie die Vereinigten Staaten gewesen, welche den Krieg wollten, jetzt jedes Eingreifen unmöglich.

Daß aber die Vereinigten Staaten nicht damals intervenirt haben, als Wenker grausam waltete, daß sie es jetzt thun, wo alle Voraussetzungen für die ruhige und friedliche Lösung des Problems gegeben waren: daß sie sich kleinlich an die Katastrophe der „Maine“-Kammerten, deren amerikanische Interpretation direkt absurd zu nennen ist, da in jenem Augenblick nur ein Verräther oder der größte Feind Spaniens dieses Verbrechen hätte begehen können: dies sind Thatsachen, die auf die Vereinigten Staaten eine sehr schwere Verantwortlichkeit laden, und welche klarlegen, daß es nicht ideale Gründe sind, welche Amerika dazu drängen, ein kleines, armes und durch den Krieg ver-

blutetes Volk zu einem schweren Kampf herauszufordern. Dies haben die europäischen Mächte wohl übersehen, aber ebenso die Konsequenzen, die auch für die europäische Politik aus dem spanisch-amerikanischen Kriege entstehen können.“ —

Wahlkampf.

Das Bürgerthum zwischen zwei Feuern.

Die „Magdeburger Zeitung“ singt ein Klageelied über die schwierige Stellung des Liberalismus zwischen den extremen Richtungen, zwischen der agrarischen Reaktion und der Sozialdemokratie. Besonders drohend schildert das nationalliberale Blatt die Gefahren, die vom Bündlerthum drohen, das gegenwärtig am meisten zu fürchten sei. Dabei wird aber gegen die Sozialdemokratie der Vorwurf erhoben, sie habe „das meiste dazu beigetragen, um die freirechtliche Entwicklung unserer Verhältnisse zu unterbrechen“, sie habe so der Reaktion eigentlich Vorlauf geleistet, sie habe das Bürgerthum in seinem Kampfe gegen die Reaktion geschwächt.

Diese Gesichtspunkte hat vor der Magdeburgerin schon Eugen Richter oft und wichtig verzapft, wodurch sie aber noch nicht besser geworden ist. Es ist köstlich, die Sozialdemokratie soll schuld sein an dem Aufkommen der Reaktion. Ohne Sozialdemokratie keine Reaktion, salbadert das liberale Bürgerthum jetzt, wo ihm selbst diese Reaktion zu toll zu werden anfängt.

Das brave Lantchen in Magdeburg scheint ganz vergessen zu haben, wie die Anfänge der Sozialdemokratie in Deutschland waren und wodurch das gewaltige Wachstum dieser Partei befördert wurde. Die Sünden des Liberalismus waren es, welche die Volksmasse ihm entfremdeten. Weil der Liberalismus feige vor dem Absolutismus kroch, weil er aus Angst vor jeglicher Arbeiterforderung sich mit allen Mächtschaften und Gewaltthätigkeiten des Polizeistaates gern abband, dadurch hat er der Reaktion zur höchsten Macht verholfen, zu einer Machtfülle, die ihm nun selbst zuwider wird.

Die „Magdeburger“ lehre vor eigener Thür. Wenn die national-liberale Partei jetzt zwischen zwei Feuern geräth und verbrannt wird, so ist das nur ihre eigene Schuld.

Die Nationalliberalen

haben auf ihrem Delegirtenstag am Sonnabend Abend einen Wahl-auftritt fertig gestellt. Alles „alle Kamellen“. Treue zu Kaiser und Reich“ und wie die alten nationalliberalen Lebensregeln sich sonst nennen. Komisch wirkt es, wenn der Aufruf davon spricht, daß die Partei „alle rücksichtlichen Veruche zur Verflämmerung werthvoller Volksrechte auf das entschlossenste bekämpft hat“, — das ist die Partei, welche das Umsturzgesetz durchzuführen und das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen und Minderjährigen vernichten wollte. So heuchlerisch und trägerisch ist der ganze Wahlauftritt und bemerkenswerth in ihm ist höchstens noch die Auslassung, welche die Stellung zu den Agrariern behandelt. Da wurde beschlossen, daß bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden müssen, als bisher.“ Also offenes Eintreten für Erhöhung der Produktionszölle. Nur eine kleine Minderheit des Delegirtenstages sprach sich gegen diese Kapitalisation vor dem Bündlerthum aus. Ein anderer Theil der Nationalliberalen war allerdings, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, dem Delegirtenstag von vornherein ferngeblieben, weil er sich nach den früheren Erfahrungen keinen Erfolg von dem Versuch verpraßt, „eine offene und entschlossene Stellungnahme gegen die agrarischen und die damit zusammenhängenden reaktionären Bestrebungen zu betreiben.“

So sieht es also mit der Einigkeit innerhalb der nationalliberalen Partei aus. Nach allen Seiten fällt sie auseinander. Da ist es begreiflich, daß Herr v. Bennigsen in seiner einseitigen Ansprache, die zugleich sein politischer Schwänzenfang war, mehr die Vergangenheit des Nationalliberalismus feierte. Von der Gegenwart dieser Partei konnte er allerdings nicht gut viel Erfreuliches sagen. Und von der Zukunft noch weit weniger.

Herr v. Bennigsen zieht sich vom politischen Leben zurück. Er war der Führer der Partei, als sie in der deutschen Politik maßgebend war. Da Herr v. Bennigsen alt und müde vom politischen Leben zurücktritt, ist auch seine Partei an ihrem Ende angekommen. Theils zersprengt in alle Winde, theils unter das Joch des Agrarierthums gebückt — so geht der Ruf in dieser Welt dahin! —

Flugblattverbreiter verhaftet!

Aus Kiel wird uns geschrieben: Am Sonntag früh 7 Uhr wurden in Dänischhagen, zum 3. schleswigschen Wahlkreis gehörig, zwei Genossen bei der Flugblattverbreitung vom Gendarmen verhaftet und gefesselt mit Handfesseln zum Amtsvorsteher in Heiß transportirt. Derselbe entließ die Genossen nach Feststellung der Personalkarten wieder. Beschwerde gegen dieses ungesetzmäßige Vorgehen, auf das der Gendarm sofort von den Genossen aufmerksam gemacht war, wird natürlich eingelegt werden. Noch stundenlang nach der Freilassung der Genossen waren die Spuren der Fesselung an ihren Handgelenken zu erkennen.

Die erste Volksthat während der Wahllokation aus dem Wahlbereich des Herrn v. Köller: ihm als ehemaligen Polizeiminister gebührt auch der Vorrang auf diesem Gebiete. Wir fordern aber, daß die Beamten angehalten werden, die Rechte der Arbeiter zu achten, oder sollen in diesem Polizei-Eifer noch weitere Gesetzesübertretungen begangen werden?

Winks für Wahlversammlungen.

Der Wahlkampf wird heiß und zwar in doppelter Beziehung. Einmal durch den Kampf um die Ziele, um welche er entbrennt, dann durch die Wärme der Jahreszeit, in welche er fällt. Im ersten Falle abkühlend einzugreifen haben wir keinen Grund, wir müssen vielmehr wünschen, daß der Kampf zur Siedehitze gelangt. Dagegen müssen wir für den zweiten Fall so weit als möglich für Kühlung sorgen, wenigstens in den Wahlversammlungen.

Wir empfehlen deshalb den Versammlungsüberleitern, dafür zu sorgen, daß auch vor Beginn der Versammlungen durch Öffnen der Fenster und der Ventilation für frische Luft gesorgt und in dem gleichen Zweck das Rauchen von vornherein unterjagt wird.

Weiter empfiehlt sich, den Rednern einen Platz anzuweisen, von dem aus sie mindestens einen bis anderthalb Meter über den

Köpfen der Versammlung stehen, damit sie den Saal übersehen und von allen Versammelten gesehen werden können, was das Reden und das Besehen erleichtert und zur größeren Ruhe in den Versammlungen beiträgt. Ferner empfiehlt sich für die Redner ein Glas Wasser oder dergleichen bereit zu halten, damit ihnen in der Hitze der Versammlungen das Sprechen erleichtert wird.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden folgende Kandidaten: In Berlin I u. II Kandidat seitens der freisinnigen Partei Dr. Langerhans; im II. Berliner Reichstags-Wahlkreis der hiesige Stadtverordnetens-Kandidat, in Köpenick vom Bund der Landwirthe Dr. Kreubel; in Alsfeld-Lauterbach von unseren Parteigenossen Buchdrucker Phil. Schmidt; in Ederbach von den vereinigten Ordnungsparteien Fabrikanten-Förster; in Illertissen vom Centrum v. Henking; in Kolenheim vom Centrum Kanner; in Trossenhausen vom Centrum Lehmeier; in Wädelsburg von den liberalen Parteien Professor v. Schulze-Gebewitz.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai.

Aus dem Reichstage. Die ersten Gegenstände der heutigen, reich besetzten Tagesordnung wurden rasch und fast ohne Diskussion erledigt. Auch die Wahlprüfungen gaben zu Auseinandersetzungen keinen Anlaß und so wurden die Mandate der Abgeordneten Reichmuth (Weimar) und Dr. Herz (Donauerschlingen) noch kurz vor Thoreschluß fassirt, nachdem der erstgenannte Abgeordnete drei Jahre zu unrecht im Reichstag Sitz und Stimme hatte. Öffentlich sorgten die Wähler des ersten weimarschen Wahlkreises dafür, daß am 16. Juni das Mandat in den Besitz unseres Genossen Baudert gelangt, dessen Wahl das letzte Mal schon nur durch die schloßeligen Wahl-Nißräume verhindert wurde.

Zu erregteren Auseinandersetzungen kam es erst beim achten Punkt der Tagesordnung: Gerichtsverfassungsgesetz u. Von unserer Seite waren von dem Abgeordneten Stadthagen Anträge gestellt, in denen verlangt wurde, daß in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Rechte aus einem Arbeitsvertrage, einschließend des Gesindevertrages, durch Landesgerichte die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wieder ausgeschlossen noch an besondere Bedingungen geknüpft werden darf.

Weiter beantragte unser Genosse:

„Als Verfassungsgerichte in den vor den Gewerbegerichten oder Innungs-Schiedsgerichten verhandelten Streitigkeiten verhandeln und entscheiden die Zivilkammern unter Zuziehung eines Arbeitgebers und eines Arbeiters. Ausgeschlossen sind diejenigen Arbeitgeber und Arbeiter, welche in denselben Rechtsstreite vor dem Gewerbegericht oder Innungs-Schiedsgerichten als Beisther thätig gewesen sind. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind da, wo Gewerbegerichte bestehen, aus dem Kreise der Gewerbegerichts-Beisther zu nehmen.“

Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, obwohl selbst von gegnerischer Seite zugegeben werden mußte, daß der Grundgedanke besonders des letzten Antrages ein durchaus berechtigter sei.

Sehr breit wurde die Frage über die Stellung der Rechtskonsultanten diskutiert, wobei die Rechtsanwälte unter den Abgeordneten sich als echte und rechte Jünger entpuppten. Morgen 12 Uhr Fortsetzung und kleinere Angelegenheiten.

Das preussische Abgeordnetenhaus berief heute in zweiter Lesung die Lokale und nahm, wie vorauszusehen, die einzelnen Paragraphen der Vorlage in der Kommissionsfassung unverändert an; nur in zwei Punkten wurden Änderungen getroffen, die jedoch rein redaktioneller Natur sind. Die in großer Anzahl vorliegenden Abänderungsanträge der Abg. Brömel (fr. Bg.), Virchow (fr. Sp.), Kirich (B.), Dr. Hengstmann (B.) und Dr. v. Cuny (natl.), wurden entweder mit großer Mehrheit abgelehnt oder von den Antragstellern selbst als aussichtslos wieder zurückgezogen.

Zunächst entspann sich bei § 1 eine Art Generaldebatte, aus der namentlich die Reden der Abg. Dr. Virchow und Kirich (B.) von Wichtigkeit sind. Ersterer bezeichnete die Vorlage als ein Verlegenheitsgesetz, das durch einen einzelnen Fall, den Fall Kronz, veranlaßt sei, eine erhebliche Verschlechterung der Stellung der Privatdozenten bedeute und mit dem Grundsatz von der Freiheit der Lehre und der Freiheit der Wissenschaft nicht in Einklang zu bringen sei. Der Centrumredner ergriff das Wort hauptsächlich, um den Umfall seiner Partei zu begründen, die in der ersten Lesung gegen die Vorlage aufgetreten war, sich aber inzwischen davon überzeugt hat, daß das Gesetz nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig sei, im Interesse der Aufrechterhaltung der Würde der Privatdozenten und auch im Interesse ihrer Rechtssicherheit. Das Gesetz sei kein Gesetz gegen die Privatdozenten, sondern ein Gesetz zum Schutze derselben. Ueberhaupt lehnte das Argument, daß den Privatdozenten durch die Vorlage eine Wohlthat erwiesen werde, in den Reden der Regierungsvertreter wie in denen der Befürworter der Vorlage stets wieder; der Nachweis für die Notwendigkeit dieser Wohlthat wurde jedoch von keiner Seite erbracht.

Die für die Staatsregierung wichtigste Frage, von deren Entscheidung sie ihre Zustimmung zu der Vorlage abhängig machen wollte, war die, ob als zweite Instanz das Staatsministerium fungieren soll oder das Ober-Verwaltungsgericht. Nach der ursprünglichen Regierungsvorlage soll das Ministerium die zweite Instanz bilden, und diese Bestimmung hat die Kommission beibehalten. Die Abgeordneten Dr. v. Cuny (natl.) und Brömel (fr. Bg.) hingegen beantragten, als zweite Instanz das Ober-Verwaltungsgericht anzuerkennen, weil das Ministerium als politische Behörde hierfür nicht besonders geeignet sei. Diesen Vorschlag schloß sich auch die große Mehrheit desentrums an, in deren Namen jedoch Abg. Kirich sofort erklärte, daß sie sich die Sache bis zur dritten Lesung noch einmal überlegen wollen, damit nur ja und ja eine so wichtige Vorlage nicht scheitert. In diese Verlegenheit werden die Herren vom Centrum nun freilich nicht kommen, da die Mehrheit des Hauses den Kommissionsvorschlag annahm, wodurch denn die Privatdozenten gänzlich der Willkür des Ministers unterworfen sind.

Von Bedeutung ist ferner noch die Bestimmung der Vorlage, daß nicht nur die Fakultät, sondern auch der Minister dem Privatdozenten eine Verurteilung oder einen Verweis erteilen kann. Ein Versuch des Abg. Dr. Virchow, dem Minister diese Befugnis zu entziehen, scheiterte. Ebenjowenig glückte der Versuch des Abg. Kirich (B.), eine Streichung der Bestimmung herbeizuführen, daß es künftigher Verurteilung vorbehalten bleibt, die Bestimmungen dieses Gesetzes auch auf die Privatdozenten an Technischen und sonstigen Hochschulen in einer der Verfassung dieser Anstalten entsprechenden Weise auszudehnen.

Nach dem Verlauf der heutigen Debatte ist nicht anzunehmen, daß in der dritten Lesung noch irgendwelche Änderungen der Vorlage getroffen werden.

Morgen: Antrag Camp betr. die Sonntagsruhe.

Unsere Interpellation an die Regierung wegen der Höhe der Getreidepreise ist den Agrariern und den ihnen nahestehenden Elementen natürlich sehr unangenehm.

Die „Post“ läßt den Wunsch durchblicken, daß die Regierung die Interpellation gar nicht beantworten möge; denn die Sozialdemokratie verfolge dabei in erster Linie agitatorische Zwecke. Die beste Agitation, sollten wir aber meinen, für unsere Partei würde die Regierung dann betreiben, wenn sie den Rathschlägen der „Post“ folgen und dadurch eingestehen würde, daß sie die Getreidemoth des Volkes überhaupt nicht kümmere. So lächerlich richtig wird die Regierung denn doch nicht operieren und wir können der „Post“ verkalben, daß Herr Hohenlohe sich allerdings zu der Interpellation aussprechen wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wiederum thut so, als sei ihr die Interpellation sogar angenehm, denn sie werde den Antrag Kanitz wieder in Erinnerung bringen. Sehr gut, wenn bei Gelegenheit der Besprechung unserer Interpellation auch der agrarische Wunschzettel wieder einmal aufgerollt wird! Auch für die „Sammelpost“ wird es sehr dratsch wirken, wenn die Junker als Delinquenten der zeitweiligen außerordentlichen Brotvertheuerung die fortwährende Auszehrung des Volkes vorschlagen werden.

Die Hungerplö. Die Bewegung gegen die Brotvertheuerung in Frankreich und Italien dauert fort. Im Pariser Stadtrath sollen Anträge auf Aufhebung des Getreidegesetzes bezug auf Uebernahme des Getreidehandels in die Hände der Stadt eingebracht werden.

Aus Italien wird von neuen Unruhen berichtet. Das hoch-offizielle italienische Depeschen-Bureau „Agenzia Stefani“ meldet aus Rom vom 2. Mai:

In Minerva - Turge und Mofetta - zwei Städten unweit Vercelli (in Apulien) - kamen gestern Abend Unruhen vor. In Mofetta begannen die Aufrührer Brandstiftungen und Verwüstungen, sodas Militär einschreiten mußte. Hierbei wurden fünf Aufrührer getödtet und drei Soldaten verwundet. Später traf militärische Verstärkung ein. In Minerva wurde die Aufrührerischen Brandstiftung und mehrfache Plünderungen in Amiskolalen und Wohnungen von Staatsbeamten. Bei diesen Unruhen wurde in Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht ein Aufrührer getödtet und einer verwundet. Als Truppenverhärkungen anlangten, wurden die Ruhe wiederhergestellt und Verhandlungen vorgenommen. - In Ghist fanden gestern Abend Zusammenkünfte von Arbeitern statt. Die Manifestanten zertrümmerten zwei Schilderhäuser der Polizeibeamten und mehrere Straßenlaternen. Die bewaffnete Macht schritt ein und nahm 52 Verhaftungen vor, wobei ein Brigadier der Carabinieri, 4 Polizeisoldaten und 3 Soldaten verwundet wurden. - Auch in Kessli Vicens (Provinz Marche) fanden um dieselbe Zeit Unruhen statt, bei welchen aufrührerische Missethäter ausgehoben und verschiedene Gewaltthaten begangen wurden, so daß die bewaffnete Macht einschreiten mußte. Bei der Piazza del Popolo kam es zu einem Scharmügel mit den Manifestanten; drei derselben wurden verwundet und 10 verhaftet. Ein Unterleutnant der Carabinieri erlitt ebenfalls eine Verwundung.

Die Ausdrucksweise des Depeschen-Bureaus ist charakteristisch für die Art, wie die besitzenden und maßgebenden Kreise auch in Italien die Bewegung gegen die Rölle, welche eine Folge ihrer eigenen Mißwirtschaft ist, auffassen.

Deutsches Reich.

Die Festlichkeit im Schloß für den Reichstag, welche Freitag Abend stattfinden soll, bildete gestern im Reichstage vielfach den Gegenstand der Unterhaltung. Um die vielen Genus möglichst vielen Reichsboten zu verschaffen, hat das Bureau des Hauses in einer vertraulichen Aufschreibung darauf aufmerksam gemacht, daß mit Einladungen nur diejenigen Abgeordneten bedacht werden können, die ihre Karten auf dem Ober-Hofmarschallamt abgegeben haben. In richtigem Verständniß der Situation hat das Bureau die sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem vertraulichen Schreiben versehen, dagegen die Fraktionssdiener beauftragt, die Karten von den anderen Abgeordneten entgegenzunehmen und sich erboten, die Karten dem Ober-Hofmarschallamt schleunigst zuzuführen. Hiernach wird der Reichstag wohl in „schlußfähiger“ Anzahl Freitag Abend im Schloß versammelt sein, und dabei jedenfalls Gelegenheit haben, die Ansichten und Wünsche des Kaisers in bezug auf die gegenwärtige politische Situation für die bevorstehende Wahlkampagne zu hören.

Wo bleibt der § 8 des Vereins- und Versammlungsgesetzes und wo bleibt die Staatsanwaltschaft?

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte am Sonnabend folgende Erklärung:

Da das Verhalten des Vorstandes des konservativen Wahlvereins für Berlin, sowie des Parteiraths bei Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl erkennen läßt, daß derselbe nicht aus konservativen Männern allein, sondern zum großen Theil aus Anhängern der christlich-sozialen und deutsch-sozialen Parteien besteht, so hat sich der deutsche Bürgerverein „Friedrich Dismarck“ gezwungen gesehen, aus dem Wahlverein auszutreten.

Eine flagrantere Verletzung des § 8 des Vereins- und Versammlungsgesetzes, wie sie hier vorliegt, ist nicht möglich, denn die Verbindung zwischen jenen Vereinen liegt hinter der Aufschreibung der Wahl zurück. Wehe den Sozialdemokraten, die sich dieselbe zu schulden kommen lassen. Aber was die regierungsfreundlichen Parteien thun, das sehen beifällig die Gesetzeswächter nicht.

Die in der bekannten v. Köllerschen Beleidigungssache erfolgte Verurtheilung des Verlegers der „Köliner Zeitung“ hat an maßgebender Stelle selbst derartige Aufsehen erregt, daß der Justizminister einen ausführlichen Bericht in der Angelegenheit erfordern hat. Im übrigen wird sich demnach das Oberlandesgericht in Stettin als Revisionsinstanz mit der Sache zu beschäftigen haben, da der Verurtheilte gegen das ihm dieser Tage zugestellte Erkenntniß der Köliner Strafkammer das Rechtsmittel der Revision eingelegt hat.

Das Organ des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen „Germania“, spricht von den jetzigen Getreidepreisen und meint, es könne mit recht von einer Theuerung gesprochen werden. Der Artikel, der vom Obermeister Verner stammt, sagt dann: „Jetzt, nachdem die Wechpreise auf die doppelte Preishöhe gestiegen sind und die Wäcker das Brot und Gebäck nicht halb so groß kosten können, sei peinlich schärfes Rechnen unerlässliche Pflicht eines jeden Bäckers. Man dürfe daher nicht mehr wie vier Brochen für 10 Pf. geben, ohne Zugabe, statt bisher fünf auch sechs Brochen und können den Händlern und Gastwirthen höchstens 10-15 pCt. Rabatt gewähren.“

Herr Verner, der Obermeister der Bäckerinnung, ist zugleich Reichstagskandidat für den 1. Berliner Wahlkreis. Er erkennt die Theuerung jetzt an. Und doch ist er ein Anhänger des Antroges Kanitz, der die Theuerung verweigern will.

Eine Verichtigung der Saccharinfabrik Fahlberg. List u. Komp. wird uns zugesandt. Nicht weil wir das Schreiben für eine Verichtigung halten, sondern weil wir wieder einmal unseren Lesern zeigen wollen, was alles unter der falschen Flagge der Verichtigung Zeitungen zugesandt wird, drucken wir dasselbe ab:

Wie wir aus dem Bericht über die gestrige Reichstagsverhandlung ersehen, haben Sie in Ihrem Blatt das Zirkular einer Saccharinfabrik abgedruckt, in dem diese 1000 M. dafür bietet, wenn der Antrag des Abg. Dr. Baasche nicht angenommen wird.

Auf Grund des § 11 des Prechgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuchen wir Sie um Aufnahme nachstehender Verichtigung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung:

Von der unterzeichneten Saccharinfabrik ist niemals ein Zirkular erlassen worden, in dem 1000 M. dafür geboten werden, wenn der Antrag Baasche nicht angenommen wird. Der Antrag zu grunde liegende Sachverhalt ist kurz folgender: Wir haben allerdings einem Mitgliede des Vorstandes des Bundes der mittleren und kleineren Brauereien der norddeutschen Brauereigenossenschaft zugesagt, daß wir dem Bunde einen Beitrag von 1000 M. zum Zweck einer Agitation gegen den Antrag Baasche zur Verfügung stellen, doch ist dies nur geschehen, weil das betreffende Vorstandsmitglied, der Brauereibesitzer Herr S. Friede aus Alsfeld, uns persönlich auf unserer Fabrik besuchte und uns erklärte, daß bei dem Bunde der lebhafteste Wunsch bestehe, eine solche Agitation und eine Petition an den Reichstag ins Leben zu rufen, daß aber dem Bunde hierzu die Mittel fehlten. Wir haben nur auf ausdrückliches, wiederholtes Ersuchen des Vorstandsmitgliedes des Bundes der mittleren und kleineren Brauereien der norddeutschen Brauereigenossenschaft demselben einen Beitrag zur Deckung der Spesen und

Unkosten, welche dem Bunde aus der Agitation erwachsen, und mit für den Fall zugesagt, daß die uns angebotene Thätigkeit Erfolg habe.

Fahlberg, List u. Komp.

Saccharinfabrik, Salzte-Werkschulen a. Elbe.

Die Herren müssen eine recht merkwürdige Meinung von den Verichtigungsparagraffen des Prechgesetzes haben.

Ungarn.

Budapest, 1. Mai. Das Gericht verurtheilte die Fälscherfabrik von Markus Klein u. Ko. zu 200 Gulden Strafe, weil sie ihre Fälschate in Schachteln in den Handel gebracht hatte, welche die Bildnisse Lassalle's und Marx', sowie die Aufschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ trugen.

Frankreich.

Die Klerikalen und die Wahlen. Der bekannte streitbare Erzbischof von Alg., Monsignore Gouthe-Soulard, hat nun seinen Standpunkt gegenüber den in Frankreich bevorstehenden allgemeinen Wahlen ebenfalls bekant gemacht. In einem Schreiben an einen Freund, das die Klerikalen Blätter veröffentlichten, macht Monsignore Soulard die Wähler darauf aufmerksam, daß sie zu befehlen haben und daß die Senatoren und Deputirten nur deren Belegte sind, und fährt dann fort: „Alle Gewalt kommt von Gott. Die Gesetze, welche die Volkvertreter gegen das göttliche Recht machen, sind von Grund aus himmlisch. Wir schulden diesen keine Achtung, keine Gehorsam. Es ist besser, man gehorcht Gott als den Menschen. Sie müssen ihnen im Namen Gottes zureden, und unter Programm ist dieses. Sie müssen ihnen sagen: Wir wollen, daß unsere Vertreter Gott anbeten und dienen!“

Da wäre es wohl das einfachste, von dem Erzbischof statt von dem Minister und Abgeordneten die Gesetze beschließen und ausführen zu lassen! —

Schweden.

In der Kammer fand in den letzten Tagen des April die Lohnfrage für die Eisenbahn-Stationssdiener zur Debatte. Nachdem im vorigen Jahre die Gehälter der Bahnwächter erhöht waren, erschien es als absolute Nothwendigkeit, in diesem Jahre die der Stationsdiener zu erhöhen. Die Regierung hatte einen Maximallohn von 720 Kr. vorgeschlagen. Wranting, namend der Sozialdemokratie, aber 750 Kr. Der General-Direktor der Eisenbahnen erklärte, daß man gern die Erhöhung auf 750 Kr. sehen würde und nur aus taktischen Gründen bloß 720 Kr. verlangt habe. Ein Vertreter der Linken ergriff, daß er einen Stationsdiener kenne, dem nach Abzug der Ausgaben für Pension u. s. w. gerade 50 Kronen monatlich zum Leben mit der Familie blieben. Ein Vertreter der Rechten dagegen fand es „unmöglich“, daß man sich nicht mit dem Regierungsvorschlag begnüge. In nächsten Jahr würden die anderen Eisenbahndiener Erhöhung verlangen. Zegelow weist nach, daß die Löhne der untersten Bahnangestellten seit 19 Jahren nicht erhöht sind. Wranting enthielt dann, daß mehrere Mitglieder der Rechten in der Kommission nichts gegen eine Erhöhung bis auf 750 Kr. gehabt hätten, nur aber wären sie auf einmal umgehwenkt. Bei der Abstimmung wurde dann auch die Erhöhung auf 750 Kr. mit 100 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Es wird dann eine gleiche Erhöhung auch für die Bahner, Pumper und Kohlenwächter beschloffen. Wieder bemühte sich Wranting vergeblich, das Maximum auf 750 Kr. hinaufzubringen.

Türkei.

Konstantinopel, 2. Mai. In der Angelegenheit wegen der Benutzung der Kirche in Rumanowo ist von serbischer Seite ein neuer Schritt im Hildiz-Palais unternommen worden. Infolge des Schrittes des ungarischen diplomatischen Agenten Marlow begibt sich morgen eine aus drei hohen Beamten des Hildiz-Palais, des Ministeriums des Innern und des Auswärtigenministeriums bestehende Kommission zur Untersuchung nach Rumanowo.

Der gestrige internationale Sanitätsrath hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Lokalbehörden den Skordon in Djebdan und andere gegen die Einschleppung der Pest getroffenen Maßregeln aufgehoben hat, und hat jede Verantwortung abgelehnt. Nach Privatberichten ist die Angabe, die Pest habe angehört, falsch.

Maifeier.

Nachträglich sind uns noch folgende Berichte zugegangen:

Berlin. In den Morgen-Versammlungen und den Festlokalen wurden insgesamt 50 000 Kuffe der Gewerkschaftskommission an die Arbeiterinnen Berlins vertheilt. Auf denselben sind eine Anzahl Adressen von Frauen angegeben, an die sich die gewerblich thätigen Mädchen und Frauen wenden können, wenn sie Beschwerden an den Gewerbe-Inspektor gelangen lassen wollen.

Aus den Berliner Vororten. In Pankow-Schönhausen fanden vier Versammlungen statt, die auch einen entsprechend guten Besuch zeigten. In Johannisthal-Rieder-Schönevide betheiligten sich 600 Personen. Die vom Genossen John gehaltene Festrrede wurde begeistert aufgenommen. Ueber die Spandauer Feier, die, wie schon mitgetheilt, in Widelshoff abgehalten wurde, wird uns noch geschrieben: „Ogleich das Vergnügen von dem sozialdemokratischen Arbeiterverein angemeldet worden war und demgemäß als geschlossenes Vergnügen zu gelten hatte, welches der Polizeistunde nicht unterworfen ist, versuchten zwei Gendarmen um 12 Uhr nachts das Fest zu beenden, indem sie das Festkomitee aufforderten, Festerabend zu gebieten, da in der qu. Vertheilung des zuständigen Amtsvorsethers gesagt ist, es sei vom Arbeiterverein ein öffentliches Vergnügen angemeldet. Unsere Genossen erklärten jedoch kurz und bündig, daß sie nicht gewillt seien, der Aufforderung nachzukommen, worauf sich die Beamten wieder entfernten. Erst nach 2 Uhr verließen hierauf die letzten Festtheilnehmer den Tanzloal.“

Brandenburg. Der Ausflug der Potsdamer Parteigenossen wies eine nur mäßige Betheiligung auf, dagegen war am Abend die Versammlung gut besucht. In Luckenwalde fand am Sonntag der Ausflug unter starker Theilnahme statt und ebenso verlief das Fest am Nachmittag in der besten Weise. Verna. Die Maifeier ging prächtig von statten. Um 2 Uhr fand im Schützenhause eine Versammlung statt, in der vor gegen 400 Zuhörern Stadthagen die Bedeutung des ersten Mal festlegte. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Am Weltfeiertag gelobt die heutige Versammlung von neuem, treu und unentwegt in dem Kampfe zur Errettung des sozialdemokratischen Endzieles auszuharren und der Arbeit zum Siege zu verhelfen.“ An die Versammlung schloß sich das Fest im Schützenhause an, das bei dem prächtigen Wetter außerordentlich stark besucht wurde. Konzert Gesang und Tanz kamen hier zu ihrem Rechte. In Schwedt a/O. hatten die Genossen einen Ausflug arrangirt, und erfreute sich das Fest um Nachmittag einer lebhaften Theilnahme. In Kirchhain-Dobrilug hielt Genosse Eichhorn die Festrrede, die von den zahlreichen Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In Finsterwalde war der Besuch der Maifeier so stark wie nie zuvor. In Frankfurt a. O. fand am Sonntag früh eine stark besuchte Volkerversammlung statt, der Arbeiter-Gesangverein trug einige der Feier entsprechende Lieder vor. In Berlin hielt die Festrrede. Nachdem unternahmen die Genossen einen Ausflug in die Umgegend, um die eigentliche Feier bei Konzert, Spiel und Tanz zu begehen. In Drossen hatten die dortigen Genossen das erste Mal Gelegenheit, eine Maifeier zu begehen. Zunächst fand eine Versammlung statt, in der der Kandidat des dortigen Kreises, John Berlin, über die Bedeutung der Maifeier sprach. Hiernach folgte Konzert und Tanz mit entsprechenden Gesangsbeiträgen. — In Strausberg fand morgens ein Ausflug statt; um 11 Uhr eine Versammlung, nachmittags Konzert und Tanz; die Festrrede hielt W. d. E. Mann.

Schlesien. In Gorkitz wurde am Vormittag eine Protestversammlung abgehalten, das Lokal war überfüllt. Am Nachmittag nachmittags nahmen gegen 2000 Personen theil. In Haynau

wurde die Maffeler durch einen Auszug begangen, woran sich über 200 Personen beteiligten. Von dem hinführenden Gendarm wurde das Tanzen und Harmonispielen verboten! In Orlau war die Beteiligung an der Morgenversammlung und dem Fest nachmittags ausnahmsweise stark. In Bunzlau hatte die Polizei das projektirte Vergnügen verboten. Am Ausflug beteiligten sich 300 Personen, an der Versammlung nachmittags ebenso viel. Am Sonntag sprach Herr Stolpe aus Grünberg in einer Versammlung in Barthau vor ungefähr 100 Personen über die Bedeutung der Maffeler. In Reichenbach wurde die Volksversammlung am Morgen, zu der sich eine große Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen eingefunden hatten, vom überwachenden Beamten ohne Angabe des Grundes aufgelöst, als sie der Einberufer eben eröffnen wollte. Es ist nun auf Mittwoch eine neue Versammlung einberufen. In Langenbieleau wurde die Feier morgens durch ein Frühkonzert eingeleitet. Nachmittags fand ein großes Volksfest statt. Die Beteiligung war außerordentlich stark. Reichstags-Abgeordneter Kühn hielt die Festrede. In Friedrichshain (Kreis Reichenbach) wurde die Maffeler ebenfalls durch ein Volksfest am Nachmittage begangen. Die Festrede hielt Springer aus Langenbieleau.

Pommern. Da die Parteigenossen in Stettin zu Sonntag keinen großen Saal hatten bekommen können, wurde von der Abhaltung einer Versammlung abgesehen. Die von der Partei arrangierten Konzerte am Morgen und am Nachmittage waren stark besucht; die Zahl der Theilnehmer mag 4000 betragen haben. Die Parteigenossen in Gollnow begannen die diesjährige Maffeler durch eine Agitationstour in ihrem politisch noch sehr rückständigen Wahlkreise. In Kolberg war die Versammlung am Vormittag von 70 Personen, das Volksfest am Nachmittage von 400 bis 500 Theilnehmern besucht, was unter den dortigen Verhältnissen ein sehr großer Erfolg ist. In Torgelow, dem Schornplatz des jüngsten großen Metallarbeiterkreises, wurde der Weltfeiertag der Arbeit zum ersten Male begangen. Nachdem früh ein Ausflug gemacht worden war, wurde im Laufe des Tages eine Volksversammlung abgehalten, zu welcher auch Genossen aus Pasewalk, Neckerhunde und Jahnia herübergekommen waren. Die Zahl der Theilnehmer betrug 8-900, darunter befanden sich sehr viele Frauen. Das Referat Schöffers aus Berlin wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es herrschte begeisterte Stimmung. Ein projektirtes Vergnügen war nicht genehmigt worden; doch blieben die Theilnehmer nach Schluß der Versammlung noch bei einem Glase Bier bei einander.

Schleswig-Holstein. Trotz der Kälte ist die Maffeler in der ganzen Provinz imposant und zum Theil viel großartiger verlaufen als je zuvor. In Kiel hatte der Ausflug am Morgen zwar unter dem grau in grau niederfallenden Regen zu leiden, doch hellte sich Mittags das Wetter auf, so daß viele Laufende schon nachmittags das Gartenkonzert in der Waldwiese besuchten. Abends 6 Uhr war daselbst Versammlung, Frau Steinbach aus Hamburg referirte. An die Versammlung, die von etwa 3000 Personen besucht war, schloß sich ein Kommerz. In Itzehoe nahmen am Morgen trotz dichten Regens 4-500 Personen am Ausflug theil, eben so viel am Spaziergang, der Nachmittags unternommen wurde. Die Versammlung am Abend war außerordentlich stark besucht, 6-700 Personen waren erschienen; die starke Beteiligung wird ausdrücklich als eine Folge der köllerischen Maximen erklärt. In Flensburg wurden 2 Versammlungen abgehalten; Besucherzahl: über 1000. Am Nachmittage vereinigten sich 4000 Personen zu einem Ausflug nach Nielseng, wo in drei Lokalen Konzert, Vorträge und Ball abgehalten wurden. In Lauenburg, Neersen (Referent Stühmer aus Hamburg), Glückstadt (Referent Ströbel aus Kiel), Gaarden (Referent Stromberg aus Hamburg), Kellinghusen und anderen Orten überall war die Beteiligung gut. Die Parteigenossen in Pinneberg nahmen sich auf ihrem Ausflug nach einem 1 1/2 Stunden entfernten Orte polizeiliche Begleitung gefallen lassen; selbst bei der halbständigen Rast auf einem in der Halde gelegenen Platze blieben sie davon nicht befreit. Der Wächter der Ordnung stand so lange in Positur, bis weiter gegangen wurde.

In dem zu Oldenburg gehörigen Orte Eutin wurde die Maffeler durch einen Ausflug am Morgen und nachmittags durch eine Volksversammlung begangen, wo vor 100-120 Theilnehmern Redakteur Aug. Kasch aus Lübeck den Vortrag hielt. Für den Abend hatte der Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“ einen Ball arrangirt.

Provinz Sachsen. In Erfurt verlief die Feier am Nachmittage ebenso großartig, wie der Ausflug am Morgen. Die Festrede hielt Genosse Fischer-Weimar; beteiligt waren etwa 3500 Personen. — Eisenburg. Die Demonstration am Nachmittage hatte sich einer Beteiligung von 7-800 Personen zu erfreuen. In der Festversammlung am Abend sprach Genosse Weismann; die Stimmung der Festtheilnehmer berechtigt zu den besten Hoffnungen für die nächsten Wahlen. — Die Bitterfelder Genossen hatten sich, weil ihnen kein Lokal zur Verfügung steht, den Delitzschischen Genossen angeschlossen. — Staßfurt. Sonntags Volksversammlung von annähernd 800 Personen besucht. Referent Redakteur Meyer-Halberstadt. Sonntag nachmittags und abends großes Gewerkschaftsfest, Kinderfeste, Konzert, Theater, lebende Bilder, Festrede und Ball, gut besucht und glänzend verlaufen. Prachtvolles Wetter. — Aken-dorf b. Staßfurt. Sonntag Abend öffentliche Versammlung von 50 Personen besucht. Der Referent verbreitete sich über den Lichtsundentag. Großen Beifall erweckte die Mittheilung von der glänzenden Demonstration der Magdeburger Genossen in Schönebeck. — In Wolmirstedt fand am Abend des 1. Mai eine Versammlung von 200 Personen statt, in welcher Rätzer-Berlin die Bedeutung des Tages darlegte. — In Orlau wurde das Frühkonzert in letzter Stunde verboten. Die zahlreiche anwesende Genossen, über 400 an der Zahl, begaben sich darauf nacheinander nach allen 8 zur Verfügung stehenden Sälen. Am Nachmittage sprach vor überfülltem Haus Ritsch-Magdeburg. Am Abend fanden in drei Lokalen Festlichkeiten zu Ehren des Tages statt. In Eisenach wurde am Nachmittage ein Ausflug nach dem benachbarten Dorfe Unferode unternommen, an welchem sich 500 bis 600 Personen beteiligten. Abends fand eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Gen. Schlegel aus Berlin über die Bedeutung des 1. Mai referirte. Diese Versammlung war erst verboten und mußte hier die Wahlausföhrung den rettenden Engel spielen, um und die Versammlung zu ermöglichen. In Sangerhausen fand die Feier unter starker Beteiligung, bestehend am Morgen in einem Ausflug, am Abend in Festversammlung mit darauffolgendem Kommerz und Ball statt. Schönebeck a. E. hat dieses Jahr eine Maffeler gesehen, wie nie zuvor; vom frühesten Morgen an bis Nachmittage mag das Etablissement Stadtpark von mindestens 15-18 000 Magdeburger Ausflüglern besucht worden sein. Abends fand außerdem eine Volksversammlung statt. — In Randa a. d. Elster war die Maffeler die erste öffentliche Volksversammlung, die seit Jahren in dieser Gegend abgehalten werden konnte. Das Referat hatte hier Link-Berlin. Die Arbeiter waren 3-4 Stunden weit hergekommen. Angenommen wurde die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission. Ferner sprach die Versammlung den freilebenden Bergarbeitern in Südwales ihre volle Sympathie aus. 5-600 Menschen mochten anwesend sein. Goslar. An der diesjährigen Maffeler haben ungefähr 500 Personen theilgenommen. Der Wahlverein hatte einen Ausflug arrangirt und für Musik, Speisen und Getränke bestens gesorgt. Doch sollte es nicht lange dauern, so erschien der Herr Polizeikommissar und löste die „Versammlung“ auf, was mit einem tausendstimmigen Hoch erwidert wurde. Abdann wurde der Rückzug angetreten, wobei man immer neuen Massen begegnete, die nicht begreifen konnten, daß man einen Ausflug auch als eine Versammlung auflösen kann. Beschwerde wird eingelegt. Die Festversammlung in Suhl war von ca. 500 Personen besucht. Des abends waren hier und in den umliegenden Orten Volksbelustigungen aller Art arrangirt. In Nordhausen und dem nahebei liegenden Orte Salza war das Maffeler sehr gut besucht. In Nordhausen nahmen über 800 und in Salza über 500 Personen am Feste theil. In beiden Orten hielt Th. Glöde-Berlin die Festrede. Die Parteigenossen

von Quedlinburg hatten einen Festzug durch die Stadt arrangirt, dem sich 1800 Personen angeschlossen hatten. In der gut besuchten Versammlung sprach Genosse Trautwein. In Schleudritz sprach am Abend in gut besuchter Versammlung Ilge-Leipzig. In Osterwieck beteiligten sich 700 Personen an dem Umzug durch die Stadt.

Hannover. In Wilhelmsburg an der Elbe wurden zwei Festzüge veranstaltet, die sich nach zwei verschiedenen Lokalen bewegten. Die Zahl der Maidemonstranten betrug insgesammt 3000. In beiden Lokalen hielt Wäcker die Festrede. Die ganze Feier verlief brillant. Eigenartig gestaltet sich die Maffeler in Duxte-hude-Klitter. Dort verlangte die Polizei die Entfernung der Frauen aus der Volksversammlung, der Referent Kauffmann forderte aber die Versammlung auf, dem ungeschicklichen Verlangen keine Beachtung zu schenken; die Versammlung stimmte stürmisch zu, worauf sie aufgelöst wurde. Die Polizei blieb in dem geräumten Saale allein zurück. Nach einer Viertelstunde begann das nicht-öffentliche Vergnügen des Maurer- und Zimmerer-Verbandes. Der Vorsitzende des Vereins forderte die Polizei auf, das Lokal zu verlassen, was auch geschah. Die geladene Liedertafel „Harmonia“ aus Harburg sang unter großem Beifall eine Anzahl ihrer besten Lieder. Kauffmann referirte künstlerisch wertvolle Gedichte und gab dazu einleitende Erklärungen. Großer Tanz vereinigte bis spät in die Nacht die Festtheilnehmer. Die Polizei stand draußen.

Rheinland-Westfalen. Die Arbeiter Dortmunds unternahmen, an Zahl etwa 3000 Personen, einen Ausflug nach Lütgen-dortmund. Eine Wählerversammlung, die auf 1/2 Uhr einberufen war, wurde verboten unter Berufung auf die neuere, die Sonntagsruhe betreffende Oberpräsidial-Verfügung (1), die in dem die Sonntagsjagd betreffenden Theile bereits vor Gericht für rechtsungültig erklärt worden ist. Urheber des Verbots ist Amtmann Westermann, derselbe agrarische Führer, der den „nationalen“ Kandidaten Hilbel als einen Mann nach seinem Herzen pries. In einer imposanten Versammlung am Nachmittage in Lütgendortmund und am Abend in Dortmund sprach Abg. Lütgenau. Grohartig ist die Maffeler, trotz der Saalabtreiber, im Kreise Bochum verlaufen. Aus Bochum wird uns darüber geschrieben: Es ist sehr langsam der große Schützenhof nebst Garten zu einer gemeinsamen Feier für den ganzen Wahlkreis genehmigt und die Genehmigung zu einem Nachmittags stattfindenden Konzert mit vorhergehender Versammlung polizeilich ertheilt worden. Die Reihe war zehn Tage vor dem 1. Mai dem Bleich auf seinen Wunsch ausgehändigt. Vor acht Tagen nun wurde uns mitgetheilt, daß die Schützen, welche am 30. April ein Fest in dem genannten Lokal feierten, dasselbe für den ersten Mai zu einer Nachfeier drücken wollten. Beabsichtigt hatten diese es nicht, wurden aber von den Saalabtreibern dazu veranlaßt. Die Polizei verbot nun die Versammlung mit Hinweis auf das preussische Landrecht, und so machten wir einen Ausflug unter starker Beteiligung auch von auswärtig nach dem städtischen Park. Abends war Versammlung im Parteilokal, das die Besucher bei weitem nicht fassen konnte. Die Polizei löste die Versammlung wegen Ueberfüllung auf, ließ das Lokal räumen und sperrte dasselbe ab. Nach 1/2 Stunden wurde das Lokal wieder freigegeben und die Volksversammlung konnte ihren Fortgang nehmen. Die Beteiligung in diesem Lokal war eine über alles Erwartete. Die Festtheilnehmer, über 10 000, konnten in den fünf Lokalen keinen Platz finden. Im Bezirk Gadderbaum, sowie in Schildesche war die Festrede verboten worden. Selbst die unschuldigen Maffeltheilnehmer sollten auf Verlangen des Landrats von Diefeld während des Tanzens nicht getragen werden. Trotz alledem herrschte eine sehr gute Stimmung, welche zu den schönsten Hoffnungen bei den bevorstehenden Wahlen berechtigt. Die Genossen von Mühlheim verdrängten am Morgen 4000 Flugblätter, am Nachmittage Ausflug, des Abends fand unter großer Beteiligung eine Versammlung statt, in der Wessel-Düsseldorf sprach. In Herde fand des Abends eine gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Lührs die Festrede hielt.

Oeffen-Nassau. Die Maffelerversammlung in Wehrheim im Taunus nahm einen vorzüglichen Verlauf. Die Festrede hielt Reichstags-Abgeordneter Brühne. Frankfurt a. M. Vormittags vier überfüllte öffentliche Versammlungen. Nachmittags Maffeler im Stadtwald bei prächtigstem Sonnenschein; mindestens 20 000 Theilnehmer. (NB. Küber dem nationalen Kesselwein waren bis abends 7 Uhr die vorhandenen 30 000 Viermarken à 1/2 Liter ausverkauft.)

Hausstädte. In Bremen waren der Festzug und die Massenversammlung unter freiem Himmel verboten worden, um so großartiger gestaltet sich die Beteiligung an dem Massenparadezug in Wärgergarten. Circa 8000 Personen bewegten sich auf dem Rückwege durch die Stadt. Die Volksversammlung am Mittag in der Zentralhalle war von 2500 Personen besucht; die in 8 Lokalen veranstalteten Abendfestlichkeiten wiesen ebenfalls durchweg starke Beteiligung auf. Bei der Maffeler in Wegesack betrug die Zahl der Versammlungsbesucher rund 500, in Hönnebeck 200. In Hastedt nahmen an dem Festzuge rund 500 Personen theil und die Versammlungen in den verschiedenen Lokalen waren sämtlich stark besucht.

Mecklenburg. Die Maffeler in Schwerin nahm einen sehr guten Verlauf. Zu dem Ausflug am Morgen erschienen 175 Personen, und die Festlichkeiten am Abend, die in zwei Lokalen abgehalten wurden, waren von insgesammt 1500 Personen besucht. Die Ansprachen hielt der Reichstags-Kandidat des Kreises, Redakteur Groß aus Rostock. Seine Ausführungen stangen in einen die Versammelten begeisterten Protest gegen die Bedrohung des Koalitionsrechts aus. Mithgetheilt sei noch, daß das Gesuch um Dispens von der Sabbathordnung für die Zeit von 11 bis 1 Uhr vom Ministerium abgelehnt worden war. Rostock. Am Morgen zogen die Genossen in imposantem Zuge von 2000 Mann durch die Stadt nach den Varnsdorfer Anlagen. 19 Gewerkschaften mit ihren Fahnen waren vertreten. Wie zuvor hat Rostock einen Festzug von solcher Ausdehnung gesehen. Bei der Feier am Abend waren alle Räume der Garnisonhalle überfüllt. Hunderte von Besuchern fanden wegen Mangels an Platz keinen Einlaß. Der Reichstags-Kandidat des Kreises, Dr. Herzfeld aus Berlin, hielt die Festrede.

Königreich Sachsen. Die Maffeler der Dresdener Arbeiter-schaft begann morgens mit einem allgemeinen Rendezvous im „Großen Garten“. Viele Tausende waren in den frühen Morgenstunden zwischen 6-10 Uhr dort auf den Beinen. Gendarmenposten zu Pferd und zu Fuß patrouillirten auf den Alleen. Der Radfahrklub „Vorwärts“ bewegte sich im Zuge von ca. 75 Mann durch den Park. — Vormittags 11 Uhr fanden vier große Versammlungen statt, in welchen die Genossen Dr. Gradnauer und Lebebour aus Berlin, Rosenow aus Chemnitz und Fleißer-Dresden referirten. Dem letzteren Redner wurde das Wort entzogen, und als sich darauf stürmischer, demonstrativer Beifall erhob, die Versammlung aufgelöst. — Abends fanden in den Versammlungslokalen Kommerz statt.

Reichen-Eölln. Bei der Vorfeier am Sonntag war das Lokal überfüllt. Am Ausflug Sonntag früh beteiligten sich 4000 Personen. Die Festlichkeit am Nachmittage und die Langunterhaltung am Abend waren stark besucht. Die Festrede Wadam-Drummet's aus Dresden wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Kamenz. Zur Volksversammlung am Morgen waren 200, zum Konzert am Nachmittage 400 Theilnehmer erschienen. Das Referat Franz Wäcker's fand großen Beifall. Löbau. Die Festversammlung am Morgen war von etwa 800 Personen besucht; den Vortrag hielt Postelt. Am Ausflug nach dem zwei Stunden entfernten Oberlummersdorf, der nachmittags unternommen wurde, beteiligten sich 400 Personen. Die Freiburger Genossen beteiligten sich am Morgen zahlreich an einem Ausflug. Nachmittags war Festversammlung mit darauffolgendem Ball und Volksbelustigung. Ueber die Bedeutung des Tages sprach Schulze-Coschbaude. Die Genossen aus Löbnitz, Nieder-Bzönitz, Bzönitz und umliegenden Dörfern ver-

einigten sich sehr zahlreich im Saale „Guter Brunnen“ bei Nieder-Bzönitz und feierten den 1. Mai durch Gesangsvorträge; gegen Abend Spaziergang unter Gesang nach Zentersdorf; dazwischen kurze Tanzunterhaltung. Am Morgen erdinten in Löbnitz vielfach starke Wäckerhülle. Vorzügliches Wetter. In Mittweida ist die Feier in großartigster Weise verlaufen. Am Kommerz am Sonntag Abend waren 1000 Personen beteiligt, an der Versammlung am Sonntag Vormittag beteiligten sich 800. Im Stadtpark flatterte die rote Fahne. In Delitzsch i. E. war die Feier verboten worden. Deshalb wurde eine öffentliche Versammlung arrangirt, in der Sachse-Jwidau referirte und über von 400 Personen besucht war. Als ein Redner seinen Unwillen über das polizeiliche Verbot äußerte, wurde ihm das Wort entzogen. Am 30. April hatten in Delitzsch und Bogitzberg viele Arbeiter Illuminirt. Die Polizei suchte dies zu verhindern, indem sie in die Wohnungen ging und die Lichter verlöschte. — In Geber sprach Seiseri-Jwidau unter freiem Himmel vor 6-700 Personen. Lokale sind nicht zur Verfügung. — In Johann Georgenstadt i. E. hielten die Genossen am Morgen Kommerz; in der Versammlung waren 8-400 Personen anwesend. Der Kandidat des Kreises, Grenz-Leipzig, sprach unter großem Beifall über die Bedeutung des Tages.

Thüringen. In Böhne unternehmen am frühen Morgen 150 Personen einen Ausflug; abends war Versammlung von circa 400 Personen und dann Kommerz. Die Ansprache hielt Reichstags-Abgeordneter Reichhaus. Es herrschte begeisterte Stimmung. Großartig war die Beteiligung in Gera. Die Vormittags-Versammlung war von 1200 Personen, die Nachmittags-Festlichkeit im benachbarten Leumnitz von 10 000 Personen besucht. Die Ansprachen hielt Reichstags-Abgeordneter Wurm. In dem kleinen altenburgischen Städtchen Göbnitz betrug die Zahl der Theilnehmer an der Abendfeier circa 900. Die Festrede hatte der Reichstags-Kandidat des Kreises, Buchwald aus Altenburg, übernommen. Die Polizei war stark ausgeboten worden, selbstverständlich überflüssiger Weise, denn die Feier verlief ohne jeden Zwischenfall. Die Maffeler in Götz nahm in allen ihren Theilen einen glänzenden Verlauf. Vormittag wurde bei herrlichem Wetter ein Ausflug nach dem Seeburg gemacht, nachmittags war Gartenkonzert in Sundhausen, abends Kommerz in dem durch den Vortritt er-rungenen großen „Anter“-Saal. Das geräumige Lokal erwies sich noch als viel zu klein; viele Besucher konnten keinen Zutritt finden. Genosse Bod, der die Festrede hielt, erntete für seinen feurigen Vortrag stürmischen Beifall. Die Maffeler bürgert sich bei der Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr ein. Küber den Städten hatten auch eine Anzahl Dörfer des Wahlkreises in diesem Jahre Maffeler arrangirt. Frankenhäuser am Kyffhäuser. Im herrlich mit Fahnen und Tannenzweig geschmückten Saale des Hotel Bellevue (dem größten in Frankenhäuser) feierten die Frankenhäuser Genossen die diesjährige Maffeler, bestehend in Konzert, Theater, Prolog und Gesangsvorträgen. Ein bei der Polizeibehörde gefälltes Ersuchen um Gewährung eines Umzuges durch die Stadt wurde nicht genehmigt. Die Festimmung war eine äußerst anständige. Die Theilnehmerzahl betrug 7-800 Personen. Jrgend welche Störung oder Zwischenfälle kamen nicht vor.

Uhalt. In Bernburg beteiligten sich am Morgen-Ausflug nach Neuburg über 600 Personen. Der Umzug mit Musik am Abend war verboten, an stelle dessen wurde ein Massen-Spaziergang durch die Stadt unternommen, der einen großartigen Verlauf nahm; über 1000 Personen beteiligten sich daran. Beim Kommerz am Abend war das Parteilokal voll besetzt. Konrad Hänisch aus Leipzig hielt unter tosendem Beifall die Festrede. Die Feier wurde von prächtigem Wetter begünstigt. — In Rötzen wurde am Sonntag abends eine von 200 Personen besuchte Versammlung mit Fräulein Waber aus Berlin als Referentin abgehalten; die Frauen mußten auf Befehl der Polizei die Versammlung verlassen! Sonntag früh machten ca. 40 Personen einen Ausflug; abends wurden Vorträge und ein Ball veranstaltet, woran ungefähr 400 Personen theilnahmen. Am Nachmittage sprach Fräulein Waber im Dorfe Trebbichau a. d. Saale in einer Versammlung von 75 Personen.

Oeffen-Darmstadt. Die Maffeler in Mainz begann nachmittags 4 Uhr, in der Stadthalle unter ungeheurem Jubel. Ueber 6000 Personen hatten sich eingefunden. Wegen Ueberfüllung des Lokals mußte zeitweise die Kasse geschlossen werden. Die Festrede Dr. David's fand stürmischen Beifall. Der geplante Festzug vom Parteilokal durch die Straßen der Stadt nach der Stadthalle war in letzter Stunde vom Kreisamt verboten worden.

Baden. Die Maffeler in Karlsruhe verlief imposant. Am Vorabend des 1. Mai fand ein Festkommerz statt, bei welchem der Saal so überfüllt war, daß viele keinen Einlaß mehr fanden. Unter heftiger Begeisterung hielt Reichstags-Abgeordneter Adolf Sed die Festrede. Am 1. Mai früh wurden 6 große Gewerkschafts-Versammlungen abgehalten, die alle sehr gut besucht waren. Am Nachmittage beteiligten sich mehrere hundert Personen an einem Ausflug. In Freiburg verlief die Maffeler großartiger als je. Am Nachmittagsausflug beteiligten sich sechshundert Personen. Auf dem Heimmarsch wurde der Musik polizeilich verboten, in der Stadt zu spielen. Trotzdem gegenwärtig Kesse ist, war die Beteiligung auch am Abend bei der Hauptfeier stark. Die Festrede Kräuter's, der das geplante Attentat gegen das Koalitionsrecht scharf geißelte, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. In Lörrach feierten 600 Personen den 1. Mai, die Festrede hielt Haug aus Freiburg.

Württemberg. In dem bei Stuttgart gelegenen großen Fabrikort Feuerbach flatterte eine mächtige rote Fahne auf dem Parteilokal, das prächtig mit Guirlanden und roten Rosen geschmückt war und am Eingang die Inschrift trug: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Ein großer Festzug mit Musik bewegte sich durch die Straßen, zahlreiche Banner und Standarten mit sich führend. Den Schluß bildete ein Fest mit reichhaltigem, gut ausgewähltem Programm. Die Festrede hielt Stern aus Stuttgart. Der Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen, energisch an der Wahlagitiation theilzunehmen, fand begeisterten Anklang.

Elb-Lothringen. Die Genossen in Habern begingen die Maffeler durch eine Privatversammlung (réunion privée), mit welcher zugleich der Wahlkampf eröffnet wurde. Der Reichstagskandidat der Partei, Privatlehrer Cost aus Hagen, entwidelte das Parteiprogramm und erweckte reichlichen Beifall für seine ausführlichen Vortrag. Die Genossen beschloßen, bei der weiteren Verabredung der Wahlagitiation einmüthig mit allen Kräften nach dem festgelegten Plan zu arbeiten. Es wurde festgestellt, daß die Aussichten auf einen glänzenden Wahlerfolg sehr groß sind.

Bei Schluß des Blattes gingen uns noch zahlreiche Nachrichten über den schönen Verlauf der Maffeler zu. Wir müssen uns begnügen, die einzelnen Orte kurz anzuführen: Ludwigs-hafen a. Rh. (700 Theilnehmer, Festredner Jauch), Selmar (4- bis 500 Theilnehmer, Festredner Vaender), Sigmaringen, St. Ludwig im Elbth. Badenstedt bei Hannover (150 Theilnehmer, Festredner Brey), Wolfenbüttel (überfüllte Versammlung), Hildburghausen (Festredner Wehder), Sonneberg (Theilnehmer härter als je zuvor), Frankenthal in der Rheinpfalz (6-800 Theilnehmer, Lokal überfüllt, der Festzug war verboten worden), Limmer bei Hannover (8-800 Theilnehmer, Festredner Fr. Stein).

Oesterreich.

Die Maffeler verlief in ganz Oesterreich imposant. In Wien fanden am Vormittage des 1. Mai 58 Versammlungen statt. Am Nachmittage bewegte sich ein Riesenzug in den Prater, der von um 6 Uhr der Märsch erfolgte. Es herrschte musterhafte Ordnung, da die Polizei das Terrain ganz den Parteiondern überließ. In Böhmen gestaltete sich die Maffeler zu einer gewaltigen und eindrucksvollen Kundgebung für den Völkerrfrieden gegen die Nationalitätenhege.

Ungarn.

In Soka im Torontaler Komitat hat anlässlich der Maifester ein blutiges Rencontre zwischen Arbeitern und Gendarmen stattgefunden, da letztere den Umzug durch den Ort nicht gestatten wollten. Drei Arbeiter wurden bei dem Zusammenstoß getödtet, acht schwer verletzt.

Schweiz.

Aus Basel wird uns geschrieben: Der Demonstrationzug durch die Stadt nach dem Festplatz war ca. 3000 Mann stark. 28 Flaggen und Fahnen wurden im Zuge mitgeführt. Genosse Wullschlegel hielt die Festsrede.

Frankreich.

Durch den Wahlkampf ist die Maifester im Hintergrund getreten. Dennoch haben zahlreiche Versammlungen und Feste in Paris und in der Provinz, und zwar in vollster Ruhe stattgefunden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Spandauer Zimmerer haben, um den Unternehmern ihr weiteres Entgegenkommen zu zeigen und vor allem ihre diesjährige Lohnbewegung glücklich durchzuführen, die Forderung betr. frühere Beendigung der Arbeit an Sonnabenden dahin abgeändert, daß an diesen Tagen zwar eine halbe Stunde früher Feierabend eintritt, dieselbe jedoch von den Meistern nicht bezahlt werden soll. Die Unternehmer Wehlig u. Straßmann haben nunmehr die Forderungen der Gesellen bewilligt und ist dort der Streik beendet. Dagegen haben die Zimmerer der Firma Sambach u. Sohn die Arbeit neuerdings niedergelegt, da dort ihre Forderungen nicht bewilligt worden sind. Die Herren suchen jetzt durch Inhaber Zimmerer, welche nicht dem Verbands angehören; wie es scheint, haben dieselben aber hiermit kein Glück. Bei dem Zimmermeister Wätke dauert der Streik fort. Inzug von Zimmerern nach Spandau ist nach wie vor fern zu halten.

In Bernau haben die Arbeiter der Zigarrenfabrik Stoppele's Rasfologer wegen Maßregelung eines ihrer Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Deutsches Reich.

Die Maurer befinden sich in der Provinz Brandenburg in folgenden Orten im Streik: In Sonnenburg fordern sie 10stündige Arbeitszeit und 25 Pf. Lohn pro Stunde. Zwei Arbeitgeber haben die Forderung bewilligt. Bei den übrigen drei befinden sich die Arbeiter im Streik. In Heegermühle legten am 2. Mai sämtliche Maurer die Arbeit nieder. Sie fordern 37 Pf. Lohn, bessere Buden und Aborte. Drei Arbeitgeber bewilligten die Forderung sofort.

Am selben Tage traten die Maurer in Lübbenau im Streik. Da eine gütliche Verhandlung von den Meistern zurückgewiesen wurde. Ihre Forderungen sind zehnstündige Arbeitszeit, 30 Pf. Stundenlohn und Auszahlung des Lohnes auf der Arbeitsstelle. Sonnabends eine Stunde früher Feierabend, Neubuden und Aborte, welche hier bis jetzt unbenutzte Dinge sind. Dergleichen traten die Maurer in Reusatz a. O. in den Streik. Die Maurer Berlins und der Provinz Brandenburg mügen von Obigem Notiz nehmen und den Zug nach diesen Orten fernhalten.

Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg.

J. A. S. Silberschmidt, Frankenstr. 83.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Mühlhausen haben die Maurer beschlossen, den Streik, der jetzt 10 Wochen anhält, bedingungslos zu beenden. In Kassel hatten die Zimmerer das Gewerbeamt als Einigungsamt anzufragen, ihr Vorschlag wurde jedoch von den Unternehmern abgelehnt. In Stuttgart ist der Streik der Studienteure zu ungunsten der Arbeiter beendet. In Essen traten am 2. Mai die Maurer in den Ausstand. Die Unternehmer hatten die Vorschläge der Lohnkommission mit einer Lohnreduktion von 2 bis 3 Pf. pro Stunde beantwortet.

Zum Stand des Drechslerstreiks in Schweidnitz in der Köthnerschen Spielwaarenfabrik wird uns geschrieben: Bis jetzt befinden sich noch sämtliche Drechsler im Ausstand. Herr Köthner hat vergebens versucht, Streikbrecher aus Breslau zu werben. Nun will er das Feld seiner Thätigkeit nach Berlin verlegen, um dort Streikbrecher anzuwerben. Die Schweidnitzer Arbeiter erwarten, daß sich die Berliner genau so ablehnend verhalten, wie die Breslauer Drechsler, damit den Ausständigen der Sieg nicht streitig gemacht wird.

Achtung, Stereotypen und Galvanoplastiker! Bei der Firma Herow u. Reich, Leipzig, Seeburgstraße, sind Differenzen ausgebrochen. Bei Konditionsangeboten wollte man sich vorher erkundigen beim Vorsitzenden Ed. Basse, Steinstr. 46. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Ziegler in Eilenburg befinden sich, wie uns berichtet wird, im Ausstand.

Die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts haben in voriger Woche ihren Umzug aus dem bisherigen Lokal, Gasshaus „Zum Hirsch“, in das von ihnen käuflich erworbene neue Heim: Stuttgart-Garten-Gewerkschaftshaus (Gasshaus „Zum goldenen Bären“) Hiltingerstr. 17/19, bewerkstelligt. Das neue Gewerkschaftshaus, in Mitte der Stadt und in nächster Nähe des Bahnhofes gelegen, ist durch unpassenden Umbau, durch welchen der Gesamtwert des ganzen Anwesens auf über 300 000 M. gestiegen ist, den modernen Verhältnissen entsprechend eingerichtet worden. Die reisenden Gewerkschaftsmitglieder werden von den neuzeitlichen Einrichtungen der Herberge voll befriedigt sein und werden gebeten, von dem Adressenwechsel Notiz zu nehmen.

Die Feilenhauer Nürnbergs und Fürths sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 9stündige Arbeitszeit und 25 pCt. Lohnzuschlag für Ueberstunden. Bei Nichtbewilligung soll zum Streik gegriffen werden.

Ausland.

Das Komitee der Holzarbeiter in Trient hatte den Unternehmern ein Ultimatum unterbreitet, daß, falls innerhalb 8 Tagen der Zehnstundentag nicht bewilligt sei, die Arbeiter in den Streik eintreten würden. Die Unternehmer haben abgelehnt, so daß der Ausstand unausbleiblich sein dürfte.

Gerichts-Beilage.

Eine wichtige Entscheidung, welche die Anmeldungen von Versammlungen betrifft, hat das Kammergericht gefällt. Von einem Herrn Ehlers war in einem Orte bei Verberg eine Versammlung einberufen und bei der Ortspolizeibehörde angemeldet worden; der Amtsvorsteher hatte dem Einberufer jedoch die im § 1 des Vereinsgesetzes vorgeschriebene schriftliche Genehmigung nicht ausgestellt, weil ihm die Ortsangabe nicht genügte. Als Ort der Versammlung war das Grundstück eines Landwirts angegeben worden. Man beachtete erst die Scheune zu benutzen, die Versammlungsteilnehmer fanden sich dann aber im Hause des Besitzers ein. Der Einberufer erhielt ein Strafmandat wegen Vergehens gegen den § 1 des Vereinsgesetzes. Zur Begründung der Strafe wurde geltend gemacht, die Versammlung sei zwar rechtzeitig angemeldet worden, in dessen habe der Einberufer nicht die Vorschrift des § 1 richtig befolgt, wonach bei der Anmeldung der Ort der Versammlung anzugeben sei. Zur Ortsangabe im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes gehöre nicht nur die Angabe des Grundstücks, sondern die der Ortlichkeit im engeren Sinne, die des Versammlungsraumes oder der Versammlungsstelle. Da diese genauere Bestimmung gefehlt habe, so seien die Vorschriften des § 1 nicht erfüllt gewesen und die Anmeldung sei, weil nicht vorschriftsmäßig, als nichtig anzusehen. Das Schöffengericht in Verberg und die Instanz in Neu-Stuppin, die sich auf das Verlangen des Angeklagten mit der Angelegenheit beschäftigten, waren derselben Meinung und belagten es bei der Ehlers anerkennend Geldstrafe. Der Angeklagte er-

griff dann noch das Rechtsmittel der Revision und betonte, mit der Angabe des Grundstücks, wo die Versammlung tagen sollte, sei dem Verlangen des § 1 nach einer Angabe des Ortes in der Versammlungs-Anmeldeung genügender Weise nachgekommen worden. Und der § 1 spreche nur von einem Orte, nicht von einem Raume. Der Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision mit folgender Begründung zurück: Die Polizei und die richterlichen Vorinstanzen hätten den § 1 des Vereinsgesetzes zutreffend ausgelegt. Der Polizei solle durch die Anmeldung nicht nur die Möglichkeit gegeben werden, die Versammlung zu überwachen; sie solle auch in den Stand gesetzt werden, nachzuprüfen, ob das Lokal nicht etwa haufällig oder feuergefährlich sei oder sonstige nicht den Sicherheits- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften entspreche. Darum sei die Ortlichkeit stets genau anzugeben, und in vorliegendem Falle hätte gesagt werden müssen, ob die Versammlung in der Scheune oder im Wohnhause auf dem fraglichen Grundstücke abgehalten werden sollte.

Lustbarkeitssteuer und Tyroler Säger. Im Lokal des Gastwirts Edler in Düsseldorf gab am 12. April 1897 die Tyroler Sängergesellschaft Blomes ein Konzert. Herr Edler wurde deswegen zur Lustbarkeitssteuer herangezogen. Nach vergeblichem Einspruch klagte er auf Aufhebung der Verfügung und machte geltend, bei der Konzertveranstaltung habe ein höheres Interesse der Kunst obgewaltet und die Steuerordnung für Düsseldorf schließe derartige Veranstaltungen von den Besteuerungen aus. Der Kläger berief sich auf Zeugnisse hervorragender Musiker, so z. B. des Professors Ludwig v. Brenner und eines Professors Busch, auf den ihn der Magistrat selbst verwiesen hatte. Der Herr beschwerte, daß er die Sängergesellschaft auf ihre Leistungen geprüft habe und zu der Ueberzeugung gekommen sei, es wäre ihren gesangstechnischen Leistungen ein künstlerischer Wert beizumessen. Dennoch wies der Bezirksauschuss die Klage als unbegründet ab und führte aus: Darüber, ob die Leistungen der Tyroler Säger objektiv einen Kunstwert gehabt hätten, wolle er nicht entscheiden, denn darauf komme es nicht an. Maßgebend sei lediglich die Absicht des Veranstalters, und die sei hier gewesen, das Publikum zu unterhalten, nicht ihm einen höheren Kunstgenuss zu bieten. Das Ober-Verwaltungsgericht hob jedoch diese Entscheidung auf und stellte den Kläger von der Lustbarkeitssteuer wegen des Konzertes der Tyroler Säger frei. Die Ansicht des Bezirksauschusses sei irrig. Nicht die Absicht sei maßgebend, sondern die Thatsache, daß ein höheres Interesse der Kunst vorliege. Ein solches könne vorhanden sein, selbst wenn mit der fraglichen Veranstaltung bezweckt werde, nur zu unterhalten. Und hier sei durch die Gutachten der Sachverständigen festgestellt, daß es vorgelegen habe.

Die erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 100 des „Vorwärts“ ist unter „Gerichts-Beilage“ ein Bericht über die Schwurgerichts-Verhandlung bezüglich des Arbeiters Stegmann gedruckt worden. Da dieser Bericht Unrichtigkeiten enthält, welche ein falsches Licht auf den Todengräber der freireligiösen Gemeinde werfen können, so übernehme ich als Vorsitzender der Gemeinde und als Zeuge in dem Prozesse hiermit eine Entgegnung, um deren Aufnahme ich bitte. Die Mitteilung ist irrig, daß der Angeklagte Stegmann in dem Trierischen Prozesse nur in einem nebensächlichen Punkte falsch ausgesagt habe; er hat vielmehr in zwei wichtigen Punkten die Unwahrheit gesagt. Er hat bestritten: 1. daß er von Trier Geld erhalten hätte. 2. daß er Trier nach dem Vorfalle auf dem freireligiösen Begräbnisplatz wieder gesprochen habe. Der Widerspruch in den Aussagen des Krause und Trier lag darin, daß ersterer behauptete, dem Trier Ruhe geboten und ihn wiederholt aufgefordert habe, den Begräbnisplatz zu verlassen, während Trier und auch Stegmann behaupteten, Krause habe nur gesagt: „Sie verlassen sofort den Platz, eins, zwei, drei!“ Die Glaubwürdigkeit des Trier wurde wegen dessen Vorstrafen vom Staatsanwalt und dem Vorsitzenden des Schwurgerichts angezweifelt. Der Verteidiger hat übrigens ausdrücklich die Krause'sche Aussage für vollständig glaubwürdig erklärt und nur entgegen dem Staatsanwalt die Freisprechung beantragt, weil Stegmann wohl ohne besondere Aufmerksamkeit dem Vorgange auf dem Begräbnisplatz gefolgt sei und daher angenommen werden könnte, daß er nur eine Aufforderung des Krause gehört habe.

Ergebnis: Freisprechung.

Der Krieg.

Auf den Philippinen fiel der erste schwere Schlag gegen Spanien. Die spanische Flotte im Stillen Ozean hat, von kleinen Resten abgesehen, aufgehört zu existieren. Die amerikanischen Kriegsschiffe können nun jede Zufahrt nach der Inselgruppe absperrn, sie können sich den so dringend gewünschten Flottenstützpunkt in dem großen Meer zwischen ihrer Westküste und der Ostküste Afrikas schaffen. Bald dürften die spanischen Besatzungen den Amerikanern das Feld auf der reichen Inselgruppe ganz räumen.

Bei der Junta der Rebellen in Hongkong eingegangene Briefe versichern, daß die Insurgenten durch Befehle aller Höfen in der Umgebung von Manila in einem Umkreise von 10 bis 20 Meilen und durch Mitwirkung der Amerikaner die Stadt durch Hunger in 14 Tagen bezwingen könnten. Diese Angabe wird durch Verlesung englischer Anführer bestätigt. Man glaubt, die Amerikaner werden zum Zwecke der Befreiung des Hafens bei Manila mit den Aufständischen zusammenwirken als Basis für eine längere Belagerung der Stadt. Sie würden dann das spanische Geschwader zum Kampfe zwingen können. Der englische Konsul in Manila hat telegraphisch die Sendung des Kreuzers „Edgar“ verlangt, da man Unruhen in der Stadt befürchte.

Die spanischen Blätter nennen den gestrigen Tag einen traurigen, aber ruhmvollen; sie rathen an, die Ruhe und das Vertrauen zu bewahren, daß den spanischen Waffen demnächst Triumph beschieden sein werden.

Einem Telegramm des Madrider Blattes „Liberal“ aus Manila zufolge erklärte der Kontre-Admiral Montojo, das spanische Geschwader sei vollständig verloren. Der englische Konsul habe, wie das Telegramm weiter meldet, mit dem amerikanischen Gesandtschaftssekretär konferiert, den Inhalt des Gesprächs kenne man nicht. Der Feind habe sich vor Manila festgesetzt und schreite zur Blokade. Die Bevölkerung verlasse die Stadt. Man befürchte, daß das Bombardement auf Manila demnächst eröffnen werden wird.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Madrid vom heutigen Tage telegraphisch: Nach der Zerstörung der spanischen Schiffe an der amerikanischen Westküste vor Manila und schied sich an, die Stadt zu beschließen. Der Verlust auf spanischer Seite beträgt etwa 400 Personen mit Einschluß derer, die in Cavite umkamen, welches bombardiert wurde.

Die Nachricht von dem amerikanischen Siege bei Manila ist in Washington mit Begeisterung aufgenommen worden. Der Präsident und die Mitglieder des Kabinetts äußerten sich sehr befriedigt, lehnten es aber ab, sich in eine Besprechung der Nachricht einzulassen. Einige Beamte des Marineministeriums sollen ihre Meinung dahin geäußert haben, sie glaubten, daß dieser Sieg zur Beendigung des Krieges führen werde, ohne daß es zu einem weiteren Seegefecht von Bedeutung käme.

Einige Angaben über die Philippinen werden im gegenwärtigen Augenblicke nicht uninteressant sein.

Diese Inseln, die in gerader nord-südlicher Richtung zwischen Formosa und Vorneo und den Molukken liegen, bedecken, wenn man den Sulu-Archipel mitrechnet, eine Oberfläche von 296 192 Quadratkilometern, also etwas mehr als das Königreich Italien und etwas weniger als die Länder der österreichischen Krone. Die Zahl der Inseln beträgt über 1200, von denen Luzon (105 919 Quadratkilometer) und Mindanao (80 810 Quadratkilometer) allein einen größeren Umfang haben. Die Küsten der Inseln sind reich an Buchten mit guten Ankergründen. Die Bevölkerung wird mit Einschluß von Meer und Marine auf 7 670 000 Einwohner geschätzt. Manila, die auf Luzon gelegene Hauptstadt, hatte bei der letzten Volkszählung 1887 154 062 Einwohner, Soaag 30 642, Iba 43 408, Panang 35 568 und Batavia 35 587. Nach späteren Schätzungen betrug die Zahl der Bevölkerung etwa 8 800 000, darunter etwa 16000 Europäer, und in

gewöhnlichen Zeiten eine Besatzung von ebenfalls 16000 Mann mit der Gendarmerie und mit 2500 Matrosen. In der Armee dient eine beträchtliche Anzahl Eingeborener. Es sollen etwa 100 000 Chinesen auf den Inseln leben. Die eingeborene Bevölkerung ist sehr gemischt und spricht etwa 15 Mundarten; die meisten Einwohner gehören zur malaischen Rasse; auch die Negritos und Negritos, die allmählich in ein Romadenleben verdrängt wurden, sind zahlreich.

Die Verwaltung der Inseln steht unter einem Generalgouverneur und einem Generalkapitän, häufig sind beide Ämter vereint; die 43 Provinzen werden je nach ihrer Bedeutung von einem Gouverneur, einem Alcalde oder Kommandanten verwaltet. Dem Generalgouverneur steht ein Verwaltungsrath zur Seite, dessen Mitglieder von der Regierung ernannt werden. Es ist eine Art unverantwortliches Ministerium mit Abteilungen für Finanzen, Marine, Generalkapitänat und Zivilverwaltung. Nur wenige Städte haben eine regelrechte Ortsverwaltung. Der vor zwei Jahren auf dem südlichen Theile der Insel Luzon ausgebrochene Aufstand ist unsterblich auf die spanische Miswirtschaft zurückzuführen. Frühere Erhebungen fanden 1812, 1823, 1841, 1848, 1862 und 1872 statt; in letzterem Jahre wurde der Aufstand blutig unterdrückt. Hauptursachen der Aufstände sind die drückenden Steuern und die maßlose Herrschaft der Geistlichkeit. Anstatt die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte zu fördern, war Spanien bestrebt, sich den Markt auf den Inseln ausschließlich zu sichern. Es sandte, wie nach Kuba, seine Beamten nach den Inseln, wenn sie als Klienten der herrschenden Politik gelddürftig waren, und diese Beamten tödteten die Gemme, welche die goldenen Eier legte. Die Kopfsteuer, der tributo, betrug zuerst nur 1 Duro (4 M.), dann stieg er allmählich bis auf 12 Duro (nach heutigem Silberwerth etwa 24 M.), was für eine sorglose tropische Bevölkerung schwer auszubringen ist; dazu kommen die von den Eingeborenen zu leistenden Arbeitstage, die sie ungerne bieten, da sie in einer verächtlichen Art nicht an eine ordentliche Arbeit gewohnt sind. Die Schwierigkeiten der Steuereintreibung sind so groß geworden, daß es nothwendig ist, die cabezas aufzubieten; sie flüchten sich in die Berge, wenn sie ihr Amt ausüben sollen.

Der Handel war im Jahre 1851 nicht viel werth als bis auf 74 Mill. Duros in der Ausfuhr und Einfuhr zusammen gelangt. Erst die Eröffnung des Suezkanals brachte einen lebhafteren Aufschwung: Ausfuhr 28, Einfuhr 23 1/2 Mill., zusammen 51 1/2 Mill. Dann kam bis 1889 ein Stillstand, worauf der Gesamthandel bis 1892 zwischen 55 und 56 Mill. schwankte, um 1893 auf 62-63 Mill. zu steigen. In Ermangelung amtlicher Angaben nimmt man für die letzten Jahre einen Gesamthandel von etwa 250 Mill. Markt, den Duro zum vollen Werthe von 4 M. gerechnet, an, was für eine Bevölkerung von beinahe 9 Millionen als gering zu betrachten ist. Der Handel Spaniens mit den Philippinen wird für 1895 auf 24,9 Millionen Pesetas Einfuhr von den Inseln und 25,7 Mill. Ausfuhr nach dort geschätzt.

Die ausgeführten Mengen der Hauptwaaren: Abaca, eine geschätzte Art Aloehanf für Seile, 1 700 000 Piculs (zu 62 Kilogramm), 3 700 000 Piculs Jucker, 125 000 Zentner Tabak in Blättern, 162 000 Zentner, 600 000 Piculs Koproah, sehr gering; dazu kommen nur 3300 Piculs Kaffee und eine ungefähre gleiche Gewichtsmenge für Häute, obgleich die Pflanzenwirtschaft und die Viehzucht ganz beträchtliche Ergebnisse haben könnten. Der Tabak ist mit einer Ausfuhrsteuer belastet. Gold findet sich in abbaufähigen Verhältnissen auf Luzon, wird aber wenig und schlecht gegraben. Auf Mindoro ist Kupfer, in Samar, Cebu, Mindanao und Batan ist Steintohle in Flözen vorhanden, die bis 7 und 8 Meter dick sind. In den Häfen Manila, Iloilo und Cebu liefen 1895 304 Schiffe mit 425 025 Tonnen aus. Auf den Inseln sind 1100 Peter Telegraphenlinien und nur 110 Kilometer Eisenbahn angelegt. Färsch, so elend ist keine tropische Kolonie von einer europäischen Westmacht verwertet worden.

Nachrichten aus St. Jago de Cuba zufolge hat dort eine Schreckensterrschafft begonnen. Alle wehrfähigen Männer sollen zu Kriegsdiensten gezwungen und alle Lebensmittel für das Militär im Anspruch genommen sein. Der englische Konsul daselbst wurde wegen seiner amerikafreundlichen Haltung vom Pöbel ernsthaft bedroht.

Das New-Yorker Blatt „The Journal“ erhielt aus dem Lager des Insurgentenführers Gomez in der Provinz Santa Clara eine Depesche vom 20. April, in welcher es heißt, der amerikanische Lieutenant Whitney sei in der Nacht zum 28. im Lager angekommen. Derselbe hätte vom Oberstkommandirenden der amerikanischen Armee, General Miles, an Gomez die Anweisung überbracht, die kubanische Insurgenten-Armee nach einem Punkte hin zu dirigieren, wo sie sich mit den von den Vereinigten Staaten ausgerüsteten Truppen unter General Kunez vereinigen könnte. Man glaube, daß es sich um einen Punkt an der Nordküste Kubas handle. Sobald Matanzas genommen würde, es als Stützpunkt für die Operationen dienen. Die Einschließung von Havana würde dann folgen.

Der Washingtoner Korrespondent des „Journal“ erfährt, daß Brad der „Maine“ sei von den spanischen Behörden zerstört worden; man nehme an, es sei dies geschehen, um die Hebung des Wraids durch die Vereinigten Staaten im Falle der Einnahme Havanas zu verhindern.

Aus Brüssel liegen die folgenden auf den Krieg bezüglichen Meldungen vor:

Alle verfügbaren Kohlenvorräthe in den belgischen Kohlenbistritten werden von spanischen Agenten aufgekauft. Gegenwärtig schweben zwischen den Mächten Unterhandlungen wegen Errichtung eines ständigen internationalen Preisgerichts in Brüssel.

Weitere Depeschen melden:

New-York, 2. Mai. Einer Privatdepesche aus Hongkong zufolge hat die Beschießung von Manila bereits begonnen. Die Bewohner seien auf das Land geflohen; auch die Telegraphisten vom Bureau der Kabel-Gesellschaft, welches inmitten der Forts liegt, hatten sich geflüchtet.

Madrid, 2. Mai. Eine amtliche Depesche aus Habana meldet, daß ein amerikanisches Panzerdampf- und drei kleine Schiffe an der Küste bei Herradura einen Landungsversuch gemacht hätten. Die Spanier hätten die Schiffe beschossen, die Amerikaner das Feuer erwidert. Sodann hätten sich die Schiffe außer Schweite zurückgezogen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dubajest, 2. Mai. Aus Groß-Beslerel wird gemeldet: In der Gemeinde Sola sind Unruhen ausgebrochen. Militär und Gendarmerie mühten auszuweichen. Es fand ein Zusammenstoß statt, bei dem sechs Personen getödtet und viele verwundet wurden.

Stockholm, 2. Mai. (W. L. S.) Die Zahl der Dampfschiffe, welche auf der Route Sahnitz-Trelleborg zwischen Deutschland und Schweden verkehren, ist seit gestern verdoppelt worden. Es werden jetzt täglich nach beiden Richtungen im Anschluß an die Schnellzüge und nach Verlin zwei Schiffe abgefahren.

Stockholm, 2. Mai. (W. L. S.) Der König hat das von norwegischen Störthing vom 21. April angenommene Gesetz sanktionirt, durch welches das allgemeine Stimmrecht zu den Störthingwahlen den Männern von 25 Jahren ab gewährt wird.

Napenna, 2. Mai. (W. L. S.) In Vagnacaballo fanden heute Unruhen statt. Während eine Abordnung der Ruhestörer mit dem Bürgermeister eine Besprechung hatte, versuchten jene einen Angriff auf das Bürgermeisterei-Gebäude, wobei sie zwei Polizisten mit Steinwürfen verwundeten. Das Militär gab einige blinde Schüsse ab; als hierauf die Unruhen fortbauerten, gab die Truppe Feuer, wodurch 5 Personen schwer verletzt wurden. Militärische Verstärkungen sind eingetroffen.

Napenna, 2. Mai. (W. L. S.) Bei dem in Vagnacaballo stattgehabten Zusammenstoß der Ruhestörer mit der bewaffneten Macht sind aus der ersteren drei getödtet und, wie gemeldet, mehrere verwundet worden. Auch auf Seite der bewaffneten Macht wurde ein Mann verwundet.

Washington, 2. Mai. (W. L. S.) Der Finanzauschuss des Senats beschloß im Prinzip, die in der Kriegskostenbill enthaltene Bestimmung, betr. die Erhöhung des Zonnengeldes, zu streichen.

Reichstag.

81. Sitzung. Montag, 2. Mai 1898. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky, Nieberding.

Die auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Paris am 3. April 1894 und zu Venedig am 19. März d. J. getroffene Übereinkunft wird debattelos in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Die Novelle zum Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, wird in dritter Lesung angenommen.

Ebenso der von dem Abg. Dr. Sackem eingebrachte Gesetzesentwurf betr. Abänderung des Militärrechts für Knechte.

Die Novelle zur Konkursordnung wird darauf auf Antrag des Abg. Dr. Minteln (Sp.) wie in zweiter Lesung ebenfalls in dritter Lesung angenommen.

Es folgen Berichte der Wahlprüfungs-Kommission. Dieselbe beantragt die Wahl des Abg. Reichmuth (Sp.) im ersten Wahlkreis von Sachsen-Weimar für ungültig zu erklären. Das Haus beschließt demgemäß.

Ebenso wird die Wahl des Abg. März (nat.) für ungültig erklärt, nachdem Abg. Wassermann erklärt hat, daß seine Partei mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses und die eingehende Diskussion über die Materie im badischen Landtag auf eine nochmalige Diskussion verzichte.

Die Wahl des Abg. Schulz (fr. Sp.) wird für gültig erklärt.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, der Strafprozess-Ordnung und der Zivilprozess-Ordnung.

Abg. v. Dziewbowski-Pomian (Pole) beantragt im § 13, der nach der Beschaffenheit der Kommission unverändert bleiben soll, als neuen Absatz aufzunehmen:

„Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle Streitigkeiten über Ansprüche gegen die Hinterlegungsstellen.“

Gleichmüthig wird diese Aenderung abgelehnt.

Ferner beantragt Abg. Stadthagen (Soz.): Wegen der besonderen Eigenheit einer der Parteien darf die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten weder ausgeschlossen noch an besondere Bedingungen geknüpft werden.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages soll § 13 folgenden Zusatz erhalten: „Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über Rechte aus einem Arbeitsvertrage einschließlich des Gesindevertrages darf durch Landesgesetze weder ausgeschlossen noch an besondere Bedingungen geknüpft werden.“

Abg. Stadthagen (Soz.): Es ist verwunderlich, daß noch immer nicht der Grundhieb festgelegt ist, daß es der Landesgesetzgebung nicht überlassen bleiben darf, gewisse Rechtsstreitigkeiten den bürgerlichen Gerichten zu entziehen und sie an andere Behörden (Polizei etc.) zu überweisen. Das ist lediglich durch die Reichsgesetzgebung zulässig.

Bei dem heutigen Stande unserer Kultur scheint es unangehörlich, daß irgend eine Landesgesetzgebung daher kommt, um Rechte der Bürger an irgend welche andere Stelle zu überweisen. Es muß also in das Gesetz notwendigerweise eine Aenderung eingefügt werden, dahin gehend, daß für Streitigkeiten über Rechtsverhältnisse, die dem Gebiete des bürgerlichen Gesetzbuches angehören und für die nicht Vorschriften der Landesgesetzgebung vorbehalten sind, die Zuständigkeit des Rechtsweges nicht durch die Landesgesetzgebung ausgeschlossen werden darf.

Wenn der preussische Landtag über den Rechtsweg zu entscheiden hat, so werden ganz zweifellos die Rechtsansprüche der Arbeiter und des Gesindes an die Polizeibehörden, statt an die ordentlichen Gerichte, verwiesen werden. Also wenn Sie schon dem von nationaliberaler Seite früher gestellten Antrag, den Rechtsweg überhaupt in das Gesetz einzufügen, nicht annehmen wollen, so bitte ich Sie jedenfalls, um der Willkür reaktionärer Einzelgesetzgebungen vorzubeugen, meinem von mir soeben eingebrachten Antrage zuzustimmen.

Staatssekretär Nieberding: Wenn Sie die vorliegende Gesetzesnovelle überhaupt noch in dieser Session zu Ende bringen wollen, so wird es sich empfehlen, von sämtlichen Anträgen, die noch nicht in der Kommissionsberatung erörtert sind, abzusehen. Den Standpunkt der Regierungen zu dem vorliegenden Antrage darzulegen bin ich noch nicht in der Lage. Jedemfalls bestreite ich, daß die Verfassungsbefugnis ist, die preussische Landesregierung werde besonders reaktionäre Bestimmungen treffen.

Abg. Dr. Minteln (Sp.) erklärt sich gegen beide Abänderungsanträge.

Abg. Stadthagen (Soz.): Das bürgerliche Gesetzbuch ist doch gerade zu dem Zwecke geschaffen, um die Willkür der Einzelstaat-Gesetzgebungen aufzuheben, und jetzt soll wieder das Recht der Arbeiter den reaktionären Gesetzen jurisdiktorischer Landesbehörden ausgeliefert werden? Ich bitte nochmals um Annahme meines Antrages.

Abg. v. Dziewbowski-Pomian (Pole) zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Stadthagen wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Zu § 71 des Gerichtsverfassungsgesetzes beantragt und begründet Abg. Stadthagen (Soz.) folgenden Zusatz:

„Als Berufungsgerichte in den vor den Gewerbegerichten oder Innungs-Schiedsgerichten verhandelten Streitigkeiten verhandeln und entscheiden die Zivilkammern unter Zuziehung eines Arbeitgebers und eines Arbeiters. Ausgeschlossen sind diejenigen Arbeitgeber und Arbeiter, welche in demselben Rechtsstreite vor dem Gewerbegericht oder Innungs-Schiedsgericht als Zeußer thätig gewesen sind. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind da, wo Gewerbegerichte bestehen, aus dem Kreise der Gewerbegerichts-Zeußer zu nehmen.“

Der Antrag Stadthagen wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Zu § 179 beantragt Abg. Stadthagen: vor dem Worte „Parteien“ einzuschalten: „Staatsanwälte“, eventuell für den Fall der Ablehnung dieses Antrages in § 180 des Gerichtsverfassungsgesetzes vor „Rechtsanwalt“ einzuschalten: „Staatsanwalt“.

Abg. Stadthagen (Soz.): Bisher bestehen nicht die geringsten disziplinarischen Bestimmungen, um einen Staatsanwalt, der die Sitzungen zum Beispiel durch beleidigende Aeusserungen gegen den Angeklagten nur stört, vorzugehen. Solche Fälle sind nicht nur theoretisch denkbar, sondern in der That vorgekommen. Ich erinnere Sie an den Fall, daß der Staatsanwalt dem Vorsitzenden erklärte „ich streite“ und sogar die Sitzung verließ, ohne daß der Richter das geringste gegen ihn unternommen konnte. Zur Zeit besteht theoretisch der Zustand, daß der Staatsanwalt Herr des Prozesses ist und der Richter machtlos. Wie oft kommt es nicht vor — in Weimar können Sie das täglich erleben — daß der Staatsanwalt den Angeklagten durch seine Aeusserungen und Zwischenrufe vollkommen verwirrt, ohne daß der Richter das geringste dagegen thun kann. Dieser Zustand ist eine Ungerechtigkeits in einem Rechtsstaat, er wäre allerdings selbstverständlich, wenn man anerkennt, daß die Gerichte nur Verwaltungsorgane der Behörde wären. Der Angeklagte kann höchstens einen anderen Staatsanwalt fordern; wird ihm das nicht gewährt, so ist er machtlos. Wenn Ihnen jedoch mein Antrag zu weit gehen sollte und man den Staatsanwalt nicht den Zeugen gleichstellen will — vielleicht deshalb, weil dann in der Folge ein Mangel an Staatsanwälten in den Gerichten sich ergeben könnte — (Heiterkeit), so bitte ich Sie, meinen Eventualantrag anzunehmen.

Auch dieser Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ferner liegt ein Antrag Bech (fr. Sp.) vor zu § 49a der Zivilprozess-Ordnung, der von der Parteifähigkeit handelt und vorschreibt, daß ein Verein, der nicht rechtsfähig ist, verklagt werden kann. Er verlangt, daß einfach gesagt werde:

„Parteifähig ist auch ein nicht rechtsfähiger Verein.“

Abg. Bech (fr. Sp.) begründet seinen Antrag. Den Vereinen werde damit das volle Prozessrecht verliehen, nicht bloß die passive Rechtsfähigkeit, welche die Vorlage ihnen zugesprochen wolle.

Staatssekretär Nieberding erklärt sich gegen diesen Antrag. Der Antrag Bech wird hierauf abgelehnt und § 49a unverändert angenommen.

In § 106 beantragt Abg. Dr. v. Dziewbowski-Pomian (Pole), den § 2 wie folgt zu fassen:

Küster haben auf das Armenrecht nur insoweit Anspruch, als sie Lohnforderungen verfolgen, sowie wenn die Gegenfeitigkeit verbürgt ist.

Gleichmüthig bemängelt den Ausdruck „Lohnforderungen“, der unklar sei. Der Herr Antragsteller habe außerdem wohl übersehen, daß durch einen erst im vorigen Jahre vom Reichstag genehmigten internationalen Vertrag — zwischen sämtlichen Staaten Europas mit Ausnahme Englands — diese Materie ganz in seinem Sinne geregelt wurde. Ein praktischer Bedürfnis für den vorliegenden Antrag liege daher nicht vor.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

§ 143 handelt von den Beschränkungen, die Parteien, Bevollmächtigten und Beiständen hinsichtlich der Verträge auferlegt werden können, sowie von der Zurückweisung von Bevollmächtigten und Beiständen, die die Vertretung gewerbmäßig betreiben.

Nach der Vorlage sollen diese Vorschriften auf Rechtsanwälte, diejenigen über die Zurückweisung auch auf alle die, denen das mündliche Verhandeln vor Gericht durch eine seitens der Polizeiverwaltung getroffene Anordnung gestattet ist, keine Anwendung finden.

Abg. Bech beantragt, die ersten beiden Absätze des § 143 so zu fassen:

„Das Gericht kann Parteien, Bevollmächtigten und Beiständen, denen die Fähigkeit zum geeigneten Verträge mangelt, den weiteren Vertrag untersagen. Eine Anfechtung dieser Anordnung findet nicht statt.“

Das Gericht kann Bevollmächtigte und Beistände, welche das mündliche Verfahren vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen. Gegen diese Anordnung, welche durch Beschluß zu Protokoll niederzulegen ist, greift das Rechtsmittel der Beschwerde Platz.

Abg. Träger (fr. Sp.) erklärt, daß der Abg. Bech nur für seine Person gesprochen habe. Seine übrigen Parteigenossen seien mit ihm der Ansicht, daß die Vorlage auch im Interesse der Rechtsanwälte alle Garantien biete, die er verlangen könne.

Abg. Schmidt-Warburg (Sp.) beantragt, der Vorlage noch folgenden Zusatz zu geben:

„Solche Anordnung soll nur dann getroffen werden, wenn wegen Mangels einer genügenden Anzahl von Rechtsanwältinnen an dem Orte des Gerichts ein Bedürfnis hierzu vorliegt.“

Abg. Dr. Stephan (Sp.) empfiehlt den Antrag Schmidt-Warburg. Das Rechtskonsulententum begegne in vielen Orten mit recht lebhaften Bedenken, in vielen Orten seien auch Rechtsanwälte in genügender Zahl vorhanden, so daß kein Bedürfnis für Rechtskonsulenten vorliege. Wenn einmal ein Rechtskonsulent von einem Amtsgericht zugelassen ist, so würde das zur Folge haben, daß sich dort kein Rechtsanwalt mehr niederlassen kann und das wäre zu bedauern.

Abg. Dziewbowski-Pomian beantragt die in der Regierungsvorlage vorgesehene Aenderung des bisherigen Zustandes wieder zu streichen.

Abg. Gamp (Sp.) tritt für die erweiterte Zulassung der Rechtskonsulenten ein.

Staatssekretär Nieberding hält die Befürchtung, die einzelne Redner wegen der erweiterten Zulassung der Rechtskonsulenten ausgesprochen haben, weder in dem Wortlaut der Vorlage noch in der von der Regierung beigegebenen Begründung für hinreichend begründet.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir sind gegen die Anträge und gegen den Voranschlag der Regierung, denn die von uns in der Kommission gestellten Anträge gingen dahin, den ersten Absatz, der es zuläßt, den Parteien den Vortrag zu unterlegen, zu streichen, und ferner die Befugnis des Gerichts zu streichen, diejenigen, die ihr Gewerbe betreiben, zurückweisen zu dürfen. Statt dessen haben wir verlangt, es solle nur dann eine Zurückweisung stattfinden dürfen, wenn Thatsachen vorliegen, aus denen die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden bezüglich seines Gewerbebetriebes hervorgeht. Diese Anträge habe ich nicht wiederholt, weil ich der Ueberzeugung bin, daß Ausschlüsse auf Annahme nicht vorhanden ist. Unseren Anträgen müßte ja jeder zustimmen, der nicht wünscht, daß die Rechtsprechung nur von Juristen ausübt werde, und daß das Gesetz Geheimbilde für den Laien bleibe. Es ist ein Widerspruch, jemand verbieten zu wollen, sein Recht geltend zu machen, weil er die Fähigkeit nicht habe, und wiederum einem anderen den Vortrag zu untersagen, weil er so fähig ist, daß er gewerbmäßig das Vertreten des Rechts fremder betreibt. Diese neue Bevormundung des Volkes mache ich nicht mit.

Der Antrag Bech wird nach einigen weiteren Reden gegen die Stimme des Abg. Bech abgelehnt (Heiterkeit), ebenso die anderen Abänderungsanträge. Der Paragraph wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung; Nachtragsetel in dritter Lesung; kleinere Vorlagen.)

Schluss 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom 2. Mai. 11 Uhr.

Am Ministerische Kultusminister Dr. Vosse. Die Disziplinar-Vorlage für Privatdozenten steht zur zweiten Beratung.

Die Kommission hat einen neuen § 1 neben dem § 1 der Vorlage vorgeschlagen: Ein Privatdozent an einer Landesuniversität, der Akademie zu Münster und dem Leineum Hofmann zu Weimarsberg, welcher 1. die Pflichten verlegt, die ihm seine Stellung als akademischer Lehrer auferlegt, oder 2. sich durch sein Verhalten in und außer seinem Verufe der Achtung, des Ansehens oder Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.

Kultusminister Dr. Vosse erklärt sich namens der Regierung mit dieser Bestimmung, die eine dankenswerthe redaktionelle Verbesserung darstelle, einverstanden.

Abg. Dr. Jermer (L.) erklärt sich ebenfalls namens seiner Freunde mit dem § 1 der Kommissionsbeschlüsse einverstanden.

Abg. Kirsch (B.) beantragt: in dem Eingangssatz des Paragraphen anstatt des „und“ zu setzen „oder“.

Abg. Dr. Virchow (fr. Sp.): Zweifelloß kann durch die vorgeschlagene Gesetzgebung eine erhebliche Verschlechterung in der Stellung der Privatdozenten herbeigeführt werden, und gerade der Einzelfall, der den Anlaß zur Vorlage bot, zeigt, daß man einen Verlegenheits-Schritt machen mußte, man nennt ja auch die Vorlage die lex Arons. Ich habe mich immer noch nicht von der Nothwendigkeit dieses Gesetzes überzeugen können. Wenn der § 1 sich mit der Fassung der Verfassung von der Lehrfreiheit vertragen soll, sehe ich nicht ein, es wird hier eine Art willkürlicher Eingreifens der Behörden ermöglicht. Dr. Arons lehrt Physik, ich weiß nicht, daß er jemals darüber hinausging und Sozialpolitik gelesen hätte, er konnte also nur außerhalb des Lehramtes etwas thun, was der Behörde anständig erscheint. Daß ein Lehrer der Physik als solcher für etwas bestraft wird, was er als Mensch und Staatsbürger thut, ist doch mindestens

neu. Daß Dr. Arons eine verbrecherische Handlung begangen oder geplant hätte, ist mir nicht bekannt geworden. Wenn ein Privatdozent als Mensch, ohne daß ein Verbrechen vorliegt, sich so verhält, daß dies Verhalten der Fakultät mit seiner Stellung als Privatdozent unvereinbar erscheint, kann höchstens die Fakultät dagegen einschreiten. Das Urtheil der Fakultät ist als eine Art ehrenrühriges Urtheil anzusehen und in gewissem Sinne als solches von größerer Bedeutung als ein richterliches Erkenntnis. Das Gesetz ist nach allem überflüssig und schädlich und höchstens demjenigen erwünscht, die auch für neue Sozialistengesetze schwärmen. (Beifall links.)

Regierungskommissar Geh. Rath Althoff protestirt gegen die Auffassung des Vorredners, daß die Vorlage eine Verlegenheits-Vorlage des Kultusministeriums sei. Die Verantwortung trage ausschließlich der Kultusminister, hinter dem das Staatsministerium stehe. Auch die Anknüpfung an den Fall Arons sei unzutreffend. Die Frage schwebt seit 20 Jahren; ihre Erledigung wurde gerade von der Universität Berlin verlangt, das muß auch Herr Virchow bekannt sein und es ist daher zu verwundern, daß er behauptete, es läge kein Anlaß vor. Die Bestimmungen gelten längst für die Professoren, ohne zu Nothen Anlaß gegeben zu haben.

Abg. Dr. Vorsch (Sp.) hat kein Bedenken gegen die Vorlage, die man eher ein Gesetz zum Schutze der Privatdozenten nennen könnte. Heute sind wohl Maßregeln gegen die Privatdozenten möglich, die künftig durch die Vorlage verhindert werden. Mit der Freiheit der Wissenschaft hat die ganze Vorlage nichts zu thun. Ob der Fall Arons den Anlaß zur Vorlage geboten, ist gleichgültig, auf die Einzelbestimmungen der Vorlage hat er einen Einfluß nicht geübt. Einige Bestimmungen der Vorlage seien ja etwas allgemeiner gehalten, allein das sei bei Disziplinarbestimmungen nicht zu vermeiden; sie finden sich in gleicher Form auch in anderen gesetzlichen Bestimmungen, so z. B. in der Rechtsanwalts-Ordnung.

Kultusminister Dr. Vosse betont, daß das Bedürfnis für die Vorlage seit 20 Jahren auch von Fremden des Abg. Virchow anerkannt sei. Das Disziplinarrecht sei mit allen erforderlichen Garantien für den Beschuldigten umgeben.

Abg. Brömel (fr. Sp.) anerkennt, daß die rechtliche Stellung der Privatdozenten eine prekäre sei, allein das rechtfertige noch nicht die Unterlegung unter das Gesetz von 1852.

Abg. Dr. Jermer (L.). Die Vorlage sei nichts als eine Verbeugung gegen die Berliner Universität, die mit ihren Wünschen vom Jahre 1878 der Zeit um 20 Jahre vorausgeheilt war.

Der § 1 wird mit dem Antrage Kirsch angenommen. Hierauf wird zunächst der § 5a debattirt, der das Verfahren vor der Fakultät regelt und namentlich eine mündliche Verhandlung vorschreibt.

Abg. Dr. v. Cunn (nat.) hat hierzu beantragt, einen neuen § 5a einzufügen, wonach das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz eingesetzt wird.

Minister Vosse hält die Kommissionsbeschlüsse für zweckmäßiger als den Antrag Cunn. Es liege hier einer der Punkte vor, die das Zustandekommen des Gesetzes erschweren. Das Gesetz von 1852 habe sich in der Praxis ganz gut bewährt und die frühere Abweisung gegen das Staatsministerium als Berufungsinstanz ist geschwunden und die Beamten, die vor dem Staatsministerium Recht gesucht haben, sind dabei gut fortgekommen. Dem Ober-Verwaltungsgericht fehlt diejenige Fühlung mit dem Beamten, die das Staatsministerium durch den Ressortminister besitzt. Um das Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen, das überall gewünscht wird, bittet der Minister, den Antrag Cunn abzulehnen.

Abg. Brömel (fr. Sp.) empfiehlt den Antrag Cunn. Unsere Zeit zeige so scharfe politische Gegensätze, daß das Staatsministerium seine unpolitische und unparteiliche Instanz sei, das beweise ja gerade der Fall Arons.

Abg. Dr. Jermer (L.): Die sehr wichtige Frage, ob Staatsministerium oder Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz geeigneter sei, hier bei diesem ziemlich unwichtigen Gesetz zu regeln, scheint nicht zweckmäßig. Er bittet alle zum § 5 und 5a gestellten Anträge abzulehnen und es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen.

Abg. Dr. Vorsch (Sp.) erklärt, daß ein erheblicher Teil seiner politischen Freunde in zweiter Lesung für das Ober-Verwaltungsgericht stimmen würden; sie behalten sich, nach den Erklärungen des Ministers, ihre Stellungnahme für die dritte Lesung vor.

Abg. Dr. Cöwall (nat.) hält nicht für wahrscheinlich, daß die Vorlage an der Instanzfrage scheitern werde. Das Ober-Verwaltungsgericht würde ja bereits als Disziplinargericht auch jetzt schon.

Abg. v. Voss (fr.) führt aus, daß die Verhältnisse der Privatdozenten gerade so eigenartige sind, daß für sie das Staatsministerium viel günstiger als Berufungsinstanz wirken wird, als das Ober-Verwaltungsgericht.

Minister Vosse erklärt nochmals, der Antrag Cunn bedeute eine verhängnisvolle Durchlöcherung des geltenden Disziplinar-Rechts und gefährde die Vorlage.

Der Antrag Cunn wird mit knapper Mehrheit abgelehnt und der § 5a unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Zu § 19 gelangen einige formelle Aenderungen zur Annahme: ein materieller Antrag Brömel, der eine Einschränkung der für nicht richterliche Beamte geltenden Disziplinar-Vorschriften zu gunsten der Privatdozenten bezweckt, wurde abgelehnt.

Zu § 2 bemerkt Regierungskommissar Geh. Rath Althoff auf eine Anfrage des Abg. Kirsch, es sei selbstverständlich, daß die Entziehung der Eigenhaft als Privatdozent nur für die Fakultät Wirkung habe, die sie beschließt. Es sei stets so gehandhabt, daß jede andere Fakultät den Dozenten wieder aufnehmen kann, wenn nicht besondere Gründe hiergegen vorliegen.

§ 3 behandelt die Verhängung der Ordnungstrafen. Zu dieser Verhängung soll außer dem Unterrichtsminister die Fakultät befugt sein.

Ein vom Abg. Dr. Virchow gestellter Antrag bezweckt, diese Befugnis des Ministers zu beschränken.

Nach längerer Debatte wird der Antrag abgelehnt.

In einem Antrage des Abg. Brömel ist eine Reihe neuer Paragraphen beantragt, welche eine wirtschaftliche Schädigung der Privatdozenten verhindern sollen, wenn zu unrecht Disziplinar-Anordnungen gegen ihn getroffen sind. Auch ein Anspruch auf theilweisen Ersatz der ergangenen Kollegien-Gelder wird in dem Antrage gefordert.

Nach einer Erklärung des Regierungskommissars Althoff, daß den Privatdozenten die Anfechtung neuer Vorlesungen nicht gestattet ist, wenn sie vom Amte vorläufig suspendirt sind, zieht Abg. Brömel seinen Antrag zurück.

Der Rest der Vorlage wird angenommen.

Nächste Sitzung morgen (Dienstag) 11 Uhr: Antrag Gamp betr. Sonntagsruhe und Berichte und Petitionen.

Schluss 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Im Senatorenkonvent des Reichstages wurde gestern die Mittheilung verbreitet, daß der Kaiser den Reichstag persönlich beschließen will, und zwar soll dies Freitag Vormittag 10 Uhr im weissen Saal des Schlosses geschehen. Die frühe Morgenstunde ist deshalb gewählt, weil der weisse Saal für die Abendstunde, zu der der Reichstag — soweit die Mitglieder ihre Karten beim Hofmarschallamt abgegeben haben — geladen wird, hergerichtet werden muß. Der Schluss der gesetzgeberischen Thätigkeit dieses Reichstages wird also am Donnerstag, den 5. d. M. erfolgen. Erledigt werden noch die zweite und dritte Beratung des Nachtragsetats, sowie die Militärstrafprozess-Ordnung und die Zivilprozess-Ordnung in den noch ausstehenden Be-

rathungen. Außerdem kommt die sozialdemokratische Interpellation wegen der hohen Getreidepreise zur Erledigung. Die Interpellation wird für Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt. Dem Vernehmen nach aber erst Donnerstag von dem Reichsminister beantwortet werden. Schließlich soll nach dem Beschluß des Senatskonvents noch der Jesuiten-Antwort des Herrn von und das Gesetz betreffend das Verbot des Saccharins bei Bierbereitung zur Verabschiedung gebracht werden. Zur Bewältigung dieses Arbeitstoffes sind event. Abendstunden in Aussicht genommen. — Alle übrigen Vorlagen und Anträge (lex Heinze, Antrag Salsch betr. den Boreid, Postgesetz betr. das Monopol der Beförderung geschlossener Briefe im Ostseeverkehr für die Reichspost zc. zc.) bleiben durch den Schluß der Session und Ablauf der Legislaturperiode unerledigt. —

Tokales.

Von den Berliner Volksküchen mühten im Jahre 1897 sechs geschlossen werden (4 im Frühjahr, 1 im Sommer, 1 im Herbst), weil sie so schlechte Geschäfte machten, daß sie die Betriebskosten nicht mehr deckten. Die geschlossenen Küchen wollte man so bald wie möglich in anderen, günstigeren Stadtteilen wieder eröffnen, bis jetzt ist das aber mit keiner von ihnen geschehen. Der Umsatz war 1897 (bezw. 1896) in den 15 Hauptküchen (von denen 1897 nur 9 das ganze Jahr hindurch offen gehalten wurden) Mittags: 143 663 (159 312) Portionen à 25 Pf., 570 976 (805 194) à 15 Pf., 131 224 (125 121) à 10 Pf., 262 956 (289 496) à 5 Pf., 12 709 à 3 Pf. (erst seit 1897), zusammen 1 121 527 (1 359 123) Portionen; Abends, nur im Winter, 7 (1896: nur 5) Monate hindurch: 155 956 (183 008) Portionen à 10 Pf., 74 033 (71 800) à 6 Pf., 74 744 (62 267) à 5 Pf., 58 981 (10 520) à 3 Pf., zusammen 383 734 (277 715) Portionen. Außerdem wurden in der Frauen-Küche mittags 33 099 (59 393) Portionen in 8 verschiedenen Preislagen zu 5—40 Pf. umgesetzt. Der Gesamt-Umsatz stellte sich 1897 (bezw. 1896) auf 1 519 260 (1 698 231) Portionen. Für 1898 rechnet die Leitung des Volksküchen-Vereins auf eine Erhöhung des Verkehrs und des Umsatzes. Sobald die Einnahmen wieder steigen, will man dann, wie in der am Sonnabend abgehaltenen Jahresversammlung vom Vorstandsmittglied Sanitätsrat Dr. Blaschko mitgeteilt wurde, mehr Fleisch und Eier geben, damit die Zusammensetzung und der Gehalt der Speisen mehr den neueren Anschauungen über die Gesetze der Ernährung entsprechen. Wir meinen, der in den letzten Jahren eingetretene Rückgang der Volksküchen-Frequenz, der in den Jahren 1897 (bezw. 1896) zu einem direkten Verlust von über 11 000 bezw. über 15 000 Mark geführt hat, würde weniger stark gewesen sein, wenn man sich schon etwas früher zu dieser Maßregel entschlossen hätte. Der wirtschaftliche Aufschwung, der den auf der Arbeiter-Klasse lastenden Druck vorübergehend gemildert hat, ist den Volksküchen zum Nutzen geworden. Er hat ihnen manchen früheren Stimmgast abwendig gemacht, der, nachdem bessere Zeiten eingetreten waren und sein Einkommen sich etwas erhöht hatte, die Volksküchen-Nahrung mit Recht als unzureichend verurtheilt zu dürfen glaubte. Eine neue Verschlechterung der Verhältnisse pflegt jedoch die Abtrünnigen sehr bald wieder zurückzuführen. Der Volksküchen-Verein hat das eine wie das andere wiederholt erlitten; seine Küchen haben alle Schwankungen der wirtschaftlichen Lage der Berliner Arbeiterbevölkerung mitgemacht.

Die das Brot theurer wird, davon kann sich jeder Konsument, auch ohne die amtlichen Ermittlungen, selber überzeugen, indem er regelmäßige Wägungen des von ihm gekauften Brotes vornimmt. Das ist besonders jetzt zu empfehlen, wo die Getreide- und Mehlpreise von Tag zu Tag steigen und das Brotgewicht sich in demselben Tempo vermindert. Bei einem Väter im Norden der Stadt, der sich sonst durch ungewöhnlich schwere Brote auszeichnet (aber dafür keine „Zugabe“ giebt und kein Kräftstüd ins Haus schickt), wog das Rumpstücken-Brot am 23. April 2500 Gramm, am 28. April 2400 Gramm, am 2. Mai 2300 Gramm. Das macht ein Minus von 200 Gramm, d. h. fast ein halbes Pfund, in noch nicht anderthalb Wochen. Es wird nicht zu bezweifeln sein, daß die Bevölkerung sich darauf besinnt, wenn sie zum beträchtlichen Theil die Broterzeugung verbannt. An den Wählern ist es, am 16. Juni den Lebensmittelpreiserern die richtige, unzweideutige Cautio zu geben!

Die Berliner Viehtreiber waren vor einigen Tagen in verschiedenen Blättern mit dem Morde in der Hasenheide in Beziehung gebracht und auch sonst insoweit angegriffen worden, als angedeutet war, daß unter ihnen alles mögliche Gefindel untergeschlupft finden könne. Zu diesen Verdächtigungen wird uns geschrieben: Ohne ein von der Polizei zu verabsichtigendes „Treiber-Schild“ darf niemand den Beruf eines Viehtreibers ausüben, und dieses Schild wird dem Bewerber verlangt, wenn ihm auch nur die geringste Wortstose nachgewiesen werden kann. Daß eine derartige Vorsicht ihre praktische Bedeutung hat, ergibt der Umstand, daß den Viehtreibern zuweilen Geldsummen anvertraut werden, die bis an die Hunderttausend herantreiben. Für die Gefittung der Treiber mag noch die Thatsache sprechen, daß es wohl nirgendwo in Berlin ruhiger zugeht, als draußen in der Gegend des Viechhofes.

Aus den Kreisen der Droshkenuhrherren erhalten wir eine Aufzählung, in der mitgeteilt wird, daß die in Nr. 99 belagerte Neulation betreffend Erweiterung des Berliner Droshkengebiete durchaus nicht dem Willen der Mehrheit der Berliner Führer entspricht; vielmehr sei die weitaus größte Anzahl der Unterzeichner der Meinung, daß die geplante Ausdehnung dem Gewerbe zu schwerem Schaden gereiche. Wir nehmen von der Zuschrift Notiz, halten uns aber nicht für kompetent, in dieser Frage ein Urtheil abzugeben.

Zum Kapitel der kassenärztlichen Behandlung wird uns von einer Arbeiterin geschrieben: In der vergangenen Woche wurde ich plötzlich von einem Augenleiden befallen und zwar in der Weise, daß ich auf dem einen Auge fast nichts sehen konnte. Da ich darauf angewiesen bin, mir durch Arbeit mein Brot zu verdienen, wandte ich mich an den Kassenarzt Herrn Dr. S. in der Potsdamerstraße; er untersuchte das Auge und gab mir eine Medizin mit dem Vermerk, nach Verbrauch derselben wiederzukommen. Das Leiden wurde jedoch nicht besser und da ich in großer Verlegenheit um das Auge war, ging ich zum zweiten Male hin, ehe die Medizin verbraucht war. Als Herr Dr. S. das Auge wieder untersuchte, behandelte er mich ziemlich unwirksam und sagte: „Wozu haben Sie mich überhaupt aufgesucht? Sie sehen ja gut!“ Infolge dessen ging ich zu Herrn Professor Hirschberg in die unentgeltliche Sprechstunde, der nach eingehender Untersuchung Reghautgefäßblutung und Glaskörper-empfindung feststellte. Dem mich untersuchenden Assistenzarzt des Herrn Professor Hirschberg sagte ich, daß Herr S. mich gesagt, „wozu ich ihn aufgesucht habe, da ich ja gut sehen könnte“, worauf der Herr Assistenzarzt sagte: „Es ist hier eine ganze Menge zu kurieren.“ Im Interesse aller Krankenkassenmitglieder halte ich mich für verpflichtet, dies bekannt zu geben.

Die neuen Omnibusse für Personen- und Gepäckbeförderung sind am 1. Mai in den Dienst gestellt worden und verkehren zunächst zwischen dem Bahnhof Friedrichstraße und dem Potsdamer Bahnhof. Der Fahrpreis für eine Person beträgt 10 Pf., wobei Handgepäck frei ist, während für Gepäckstücke bis zu 40 Pfd. 10 Pf. und für solche über 40 Pfd. 20 Pf. zu zahlen sind.

Ueber einen Fall von ganz unglücklicher Behandlung eines verunglückten Arbeiters bringt das Fachblatt „Der Maurer“, dem wir die Verantwortung für die Mithteilung überlassen müssen, den folgenden Bericht: „Der bei der Firma Karl Fischer in der Köpenickerstraße beschäftigte Arbeiter Georg Jäckel hatte das Unglück, beim Herabholen von Heu von der Leiter zu stürzen. Er fiel so unglücklich auf einen neben der Leiter stehenden Futterkasten, daß er sich nicht mehr von der Stelle bewegen konnte. Er hatte sich eine Gehirnerschütterung und Rippenquetschung zugezogen. In diesem Zustande ließ ihn die Firma, ohne ihm irgend welche ärztliche Behandlung angedeihen zu lassen, von vormittags 9 Uhr bis abends gegen 5 Uhr liegen. Das Unglück geschah am Dienstag, den

10. v. M. Erst dann schaffte man den Unglücklichen in die Wohnung seiner Mutter. Da diese nicht zu Hause war, legte man ihn einfach auf den Korridor nieder. Der Anblick, der sich der vom Hauswirth herbeigeholten Mutter und Schwester des Verunglückten bot, war schrecklich. Das Gesicht des Verunglückten war vollständig blau, die Arme konnte er nicht bewegen. Dazu fror ihn in einer schrecklichen Weise. Auf der Polizei, wohin sich die Angehörigen nun wandten, wurde ihnen gesagt, daß sie sich an einen Armenarzt wenden müßten. Der Herr war aber nicht zu Hause, und da der von der Unfallstation herbeigeholte Arzt annahm, daß der Kranke ohne Armenarzt keine Aufnahme im Krankenhaus finden würde, so mußte der Unglückliche bis Mittwoch Nachmittag in seiner schrecklichen Lage verharren. Das Gejammer und die Fieberphantasien des Kranken waren geradezu herzzerreißend. Erst am Mittwoch Nachmittag gegen 4 Uhr konnte der Verunglückte durch das energische Einschreiten des Arztes der Unfallstation in das Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden. Hier wurde Rippenbruch und Gehirnerschütterung konstatiert. Bemerkenswert sei, daß der Verunglückte weder bei der Krankenpflege noch bei der Unfall-Versicherungsgesellschaft von seinem Arbeitgeber angemeldet war. Der Mutter gegenüber äußerte sich der Arbeitgeber, sie solle nur nicht zur Polizei gehen, das würde einen zu schlechten Eindruck machen. Er wolle 1 M. geben, damit der Verunglückte per Droshke ins Krankenhaus gebracht werden könnte. Es sei noch bemerkt, daß derselbe Unternehmer Sonntag für Sonntag seine Leute während der Kirchzeit arbeiten läßt und entgegen den für Berlin geltenden polizeilichen Bestimmungen den Lohn erst nach 12 Uhr auszahlt.“

Ueber eine neue Spur, die in der Gänther'schen Nordstraße gefunden sein soll, wird berichtet: Ein junges Mädchen aus der Teltowerstraße, Elisabeth Ch., hatte am 14. April, abends, ein kleines Abenteuer. Am Rosenthaler Thor wurde sie von einem Herrn angesprochen und zu einer Tasse Kaffee nach Nizdorf eingeladen. Der Herr war sehr elegant gekleidet und trug u. a. einen modernen Gehrod. Unter dem Krone hatte er eine Rolle Zeichnungen, die in ein Blatt der Zeitung „Die Post“ eingeschlagen waren. Drei „Schmisse“ im Gesicht kennzeichneten den Mann als ehemaligen Studenten. Fräulein Ch. wandte ein, wozu man dann erst nach Nizdorf fahren sollte, eine Tasse Kaffee könne man ebenso gut am Rosenthaler Thore trinken. Daraus wollte indessen der Herr nichts wissen, er begleitete aber das Mädchen, als dieses sich auf den Heimweg machte. Man wanderte langsam durch verschiedene Straßen nach dem Spittelmarkt. Hier bat der Herr eine Begleiterin, ihn einen Augenblick zu entschuldigen, da er sich in der Kaufmännischen Handlung von Collin am Spittelmarkt ein Stück Seife kaufen wolle. Nachdem das geschehen war, ging man langsam weiter. Fräulein Ch. redete ihrem Begleiter vor, daß sie am Rollenborplatz wohne. Da er sie dennoch weiter begleitete, so ermahnte sie eine List, um ihn los zu werden. Sie gab vor, in der Teltowerstraße noch einen kurzen Besuch machen zu müssen, bevor sie zu ihren Eltern gehen könne, ging aber in Wirklichkeit sofort in die in der Teltowerstraße gelegene elterliche Wohnung. Der Herr wartete etwa zehn Minuten vergeblich und ging dann die Teltowerstraße hinunter nach Nizdorf zu. Hierbei überholte er eine Bekannte der Ch., die vorher eine Zeit lang hinter den Weiden her gegangen war und sich für ihn als den Begleiter ihrer Bekannten interessirte. Die Ueberholte, ein Fräulein R. S. aus der Barwalderstraße, sah, wie der Herr in der Blücherstraße, hinter der Mittenwalderstraße, ein ihm begegnendes junges Mädchen an sprach und dann mit diesem weiterging bis zum Kaiser Friedrichsplatz, von dem die Lehnhofstraße, deren Fortsetzung die Siboldstraße bildet, nach der Hasenheide zu abgeht. Die Jäckelauer und Prinz August von Witttembergstraße, in denen die Gänther'sche Abends noch gesehen wurde, liegen ebenfalls in jener Gegend. Die beiden Mädchen haben ihre Erlebnisse und Beobachtungen lange Zeit für sich behalten. Erst als sie sich kürzlich bei Jandorf am Blücherplatz trafen, kamen sie darauf zu sprechen, und nun erzählte Fräulein S. ihrer Bekannten auch, daß sie das Mädchen, mit dem der Herr die Blücherstraße entlang gegangen war, für die ermordete Luise Gänther halte. Ihrer Meinung nach paßt die Beschreibung der Ermordeten, auch des Aeußeren und des Hutes, auf dieses Mädchen vollständig. Mit der Beobachtung des Fräulein S. steht die Wahrnehmung eines Pferdebesizers aus Nizdorf im Einklang. Dieser kannte Luise Gänther schon seit einigen Jahren, weil er früher in der Nähe ihrer Eltern wohnte und weil sie öfter mit ihm gefahren war. Der Schaffner sah die Gänther gegen 10¹/₄ Uhr mit dem beschriebenen Manne auf dem Kaiser Friedrichsplatz, rief ihn einen guten Abend zu und bemerkte noch, wie sie mit ihrem Begleiter über den Platz weg ging. Am wurde, wie schon bekannt ist, in dem Wassertrümpel zugleich mit dem weissen Umierod der Ermordeten ein Stück Adlerseife gefunden. Im Collin'schen Geschäft aber erinnert man sich, daß an jenem Abend ein elegant gekleideter Herr wie der beschriebene ein Stück Adlerseife gekauft hat. Noch mehr. Das Stück Zeitungspapier, das am Morgen nach dem Morde blutbesetzt nicht weit von der Nordstelle gefunden wurde, ist ein Stück von der „Post“ und ist nach dem Aussehen, das es noch beim Auffinden hatte, einmal gerollt gewesen.

Wegen Todtschlags ist am Sonntag Abend der Töpfer Friedrich Thieme aus der Reindendorferstr. 18c verhaftet worden. Am Sonnabend nach Feierabend spielten in der Schankwirtschaft von Zimmermann in der Strelitzerstr. 22 Thieme und zwei andere Arbeiter Billard. Als sie mit der Partie fertig waren, lösten die Gebrüder Heinrich und Willy Riegisch aus der Rheinsbergerstr. 3 sic ab. So ging es abwechselnd mehrere Male. Während die eine Partei spielte, die andere wartete, kam es aber bald zu Händeleien, bei denen sich namentlich der 20 Jahre alte Heinrich Riegisch durch Schimpfereien hervorthat. Als nun die beiden Gebrüder wieder einmal spielten, kam es so weit, daß Thieme auf Heinrich Riegisch, der gerade vornübergebeugt stand, mit einem Stoß zu machen, mit dem Quene einschlug. Er schlug ihn der Länge nach über den Rücken, den Nacken und den Hinterkopf, sodas gerade das dicke, schwere Ende des Quenes den Kopf traf, und so wichtig, daß das Quene in Stücke ging. Während nun Willy Riegisch zum Schutze seines Bruders zu einem Gegenstöße ansetzte, ergriff der Betroffene selbst ein Bierglas und schlug es seinem Gegner ins Gesicht. Dann sprangen andere Arbeiter dazwischen und machten dem Tumult ein Ende. Heinrich Riegisch hatte seinen Schlag mit dem Bierglas kaum geführt, als er, den Kopf festig hin und her schüttelnd und über Schmerzen laut klagend zusammenbrach. Um 1/2 Uhr brachte ihn sein Bruder nach Hause. Dreiviertel Stunden später belam er heftiges Erbrechen, sank wieder klagend zusammen und wurde dann zu Bette gebracht. Am 12. Uhr begann er zu phantazieren und lag dann bethäubtlos da. Jetzt erzählte der ältere Bruder der Mutter, was vorgefallen war, aber erst Montag Morgen um 8 Uhr wurde zum Arzte geschickt. Da dieser gerade Sprechstunde hatte, so kam er auf wiederholtes Ausrufen erst um 10 Uhr, und nun war Riegisch todt. Die Polizei des 6. Bezirks beschlagnahmte die Leiche und das Werkzeug, mit dem der tödtliche Schlag geführt worden war, und nahm Thieme abends aus seiner Wohnung heraus.

Am Sonnabend Abend wurde die Frau des Registrators Ehler, Emdenerstr. 25, mit einer Stichwunde in der Brust in das Krankenhaus Moabit eingeliefert, die sie angeblich kurz vorher auf der Treppe ihres Hauses von einem unbekannten Manne erhalten hatte. Im Krankenhaus wurde festgestellt, daß die Verletzung nicht lebensgefährlich sei. Die sofort eingeleiteten Recherchen der Kriminalpolizei ergaben aber Zweifel über die Persönlichkeit, welche den Stich vollführt haben soll. Nachdem auch festgestellt worden war, daß die Gelechte in Uneinigkeit leben, wurde der Chemiker unter Verdacht der Thäterschaft festgenommen. Die Frau allerdings entlastet auch jetzt noch den Chemiker.

Völlig feuerfrei zu sein innerhalb 30 Stunden ist für Berlin eine große Seltenheit. Thatsächlich wurde die Behr von Sonnabend Nachmittag 3 Uhr bis Montag früh 7 Uhr zu Löschzwecken nicht in Anspruch genommen. Zwei Alarmierungen während dieser Zeit waren auf Umrang an Feuerweibern zurückzuführen. — Montag früh 7 Uhr mußte Neue Schönhauserstr. 10 ein böser Auerbrand abgelöscht werden, der an den dort lagernden Papier-

abfällen reichliche Nahrung fand und den Brandherd derart verquante, daß nur unter Anwendung von Rauchschutapparaten vorgebracht werden konnte.

Der kleine Kurt Henze, der Sohn des Haushofmeisters der österreichisch-ungarischen Botschaft am Kronprinzen-Platz Nr. 14, der vor einigen Tagen beim Spielen in die Spree fiel, ist gestern in der Nähe der elterlichen Wohnung gefunden worden. Ein Schiffer, der dort ankert, bemerkte nachmittags die Leiche und landete sie.

Einen sonderbaren Ort zur Verübung eines Selbstmordes erwählte in der Nacht zu Sonntag der 36 Jahre alte Uhrmacher O. Er lösch in einen der auf dem Opernplatz stehenden Roullisenwagen des Opernhauses und versuchte sich mit seinem Taschentuch zu erhängen. Ein Schutzmann befreite ihn aus der Sänglinge und rief ihn wieder ins Leben zurück.

Von Strolchen angefallen worden ist in der Nacht zum Sonntag der 26 Jahre alte Anstreicher Richard Richter aus der Alvenslebenstraße 7. Seiner Angabe nach haben ihn drei unbekannte Männer in der Poststraße ohne weiteres angerepelt. Als er sich das verbat, erhielt er von einem der Angreifer einen so schweren Messerstich in die Brust, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte, nachdem er auf der Sanitätswache einen Nothverband erhalten hatte.

Von zwei berüchtigten Taschendieben ist im Laufe des Oktober v. J. einem auf dem Kettelschloßplatz eingeschlafenen Manne dessen silberne Cylinder-Remontoir-Uhr mit doppeltem Goldrande und der Nr. 39 684 gestohlen worden. Die Uhr befindet sich seit 22. Oktober v. J. bei einem Pfandleiher in der Reindendorferstraße im Besah. Zur Ausfindung der Uhr wolle sich der Verlohrne auf dem Polizeipräsidium, Alexanderplatz, Zimmer 331, in den Vormittags-Dienststunden baldmöglichst einfinden.

Die Passagiere eines Omnibus der Linie Kottbus-Platz—Moabit wurden am Montag Mittag durch den in der Charlottenstraße erfolgten Speichenbruch in argen Schrecken versetzt. Zum Glück geschah kein Unglück.

Aus den Nachbarorten.

In Stralau ist am 6. Mai, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, im Restaurant von Krüger (Storchweg) eine Radwahl zur Gemeindevortretung vorzunehmen. Der bisherige Vertreter mußte sein Mandat niederlegen, weil er ein solches von der ersten Abtheilung übernommen hat. Von unserer Seite ist der Parteigenosse Gustav Rüge als Kandidat aufgestellt worden. Die Gegner, welche sich bei der letzten Wahl der Theilnahme enthielten, werden diesmal bestimmt einen Kandidaten aufstellen; somit dürfte der Wahlkampf lebhafter denn je werden, und es ist dafür zu sorgen, daß unsere Parteigenossen sich nach Gebühr für die Wahl interessieren. Es ergeht daher an die Arbeitergilde von Stralau die Aufforderung, Mann für Mann in der am 4. Mai, abends 7 Uhr, bei E. Gursch stattfindenden Wählerversammlung zu erscheinen. Auf zur Agitation!

Nizdorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins in diesem Monat nicht stattfindet.

Das Vorgehen der Gemeinde Nizdorf gegen die Stadt Berlin betreffs der Zubehörs für die Schulunterhaltungskosten hat bereits Nachahmung gefunden. Neu-Weichensee hat jetzt auch Schritte gethan, um Berlin für zahlreiche dort wohnende Fabrikarbeiter zc. auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes zu Beiträgen für die Schulunterhaltungskosten und Armenkosten heranzuziehen.

Ueber das polizeiliche Einschreiten gegen einen Trauerzug, darüber wir gestern aus Charlottenburg berichteten, erhalten wir noch folgende Meldung: Zu dem Begräbniß unseres Parteigenossen Bartel war durch unseren Vertrauensmann Sellin die polizeiliche Erlaubniß zur Einstellung eines Musikkorps eingeholt worden. Der Musikverein, die Parteigenossen Charlottenburgs, die Zimmerleute, die Kranenklasse und auch die Genossen des Wahlkreises Teltow-Weesow-Charlottenburg hatten ihren Vertreter, den Genossen Fritz Jubel, beauftragt, einen Kranz mit rother Schleife auf das Grab zu legen, der folgende Aufschrift trug: „Dem am 28. 4. 98 so früh verstorbenen Genossen Karl Bartel, gewidmet von den Genossen des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Weesow-Charlottenburg. Schon bevor der Zug sich ordnete, schienen die Kränze mit rother Schleife es dem aufschreitenden Polizei-Plenar anzuzeigen zu haben. Neben dem Genossen Fritz Jubel stand ein Schutzmann, dem der Polizei-Plenar den Verzei erteilte: Wenn der Mann dort mit dem Kranz am Zuge theilnehmen will, so verhaften sie ihn. Der Abgeordnete Jubel trat auf den Polizei-Plenar zu, zeigte ihm seine amtliche Legitimation als Reichstags-Abgeordneter und fragte ihn, auf Grund welches Gesetzesparagrafen jemand gehindert werden könne, einem Verstorbenen die letzte Ehre zu verleihen. Eine Antwort erfolgte nicht. Die Musik sollte ebenfalls inhibirt werden; da aber die amtliche Bescheinigung vorlag, so mußte der Plenar diese Ehrung wohl oder übel gestatten. Als der Zug sich in Bewegung setzte, wurde der Abgeordnete Jubel von dem beauftragten Schutzmann angehalten, doch wies Jubel den Beamten energisch zurück, so daß er sich schließlich mit dem Kranz einziehen konnte. Mann hatte der Zug sich auf 30 Schritt vorwärts bewegt und die Bismarckstraße überschritten, als der Polizei-Plenar vom Trottoir in den Zug hineinsprengte, den Abgeordneten Jubel festhielt und verlangte, daß er die rothe Schleife entferne oder bedecke. Auf die abermals erfolgte Jurisdiktion rief der Polizei-Plenar dem Abgeordneten Jubel den Kranz gewaltsam aus der Hand und zog ihn selber ebenfalls aus dem Zuge, um ihn zu verhaften. Jubel legitimirte sich noch einmal und blieb nun von einer Verhaftung verschont. Eine unbeschreibliche Aufregung und Entrüstung war aber durch dieses Vorgehen unter den Leidtragenden und Zuschauern hervorgerufen. Aus allen Fenstern wurden Wulstlose laut und hunderte von Stücken und Häufen wurden erhoben. Es bedurfte der größten Besonnenheit des Genossen Jubel, um die erregten Massen vor dem Rennerstern zurückzuhalten. Der Kranz befindet sich noch in den Händen des Polizei-Plenars. Es sind alle Schritte eingeleitet, um dem Angekl. zum Siege zu verhelfen.

Der Besuch der Baumblüthe in Werder war am Sonntag bei dem prächtigen Frühlingwetter ein ganz gewaltiger. Mit der Eisenbahn, auf den Dampfmaschinen und vor allem auch auf dem Zweirad trafen im Laufe des Tages so viele Besucher ein, daß deren Zahl von den Werderischen selbst auf annähernd 30 000 geschätzt wurde. Wie richtig diese Annahme war, geht aus der interessanten Thatsache hervor, daß fünfspennig-Marken, welche zum Frankieren der in ganz loslokalen Massen von stiegenden Händlern und in den Lokalen verkauften Ansicht-Postkarten von Werder verwendet wurden, um 1/6 Uhr nachmittags auf dem Postamt zu Werder nicht mehr zu haben waren, trotzdem, wie auf Befragen mitgeteilt wurde, das Postamt sich mit diesen Marken im Betrage von 1500 M., also mit 30 000 fünfspennig-Marken vorsehen hatte. Ungemein schwinghaft war der Handel, den die Werder'schen Jungen und Mädchen mit Wässhengzweigen betrieben. Jeder Besucher nahm sich einen Zweig mit nach Hause, besonders aber waren es die Pädler und Maderinnen, welche ihre Maschinen mit Wässhengzweigen geschnüdt hatten.

Denkmal für ein Pferd. Der Vater des gegenwärtigen Staatssekretärs des Reichs, Schokantes, Freiherr v. Thielmann, der lange Zeit in „Glienke“ bei St. Wilmsdorf gewohnt hat, ließ feierlich in dem Garten daselbst ein Pferd ein Denkmal setzen. Die Inschrift desselben hat folgenden Wortlaut: „Hier liegt ein treues Thier begraben, lömte ich ein Pferd zum Freunde haben, lag hier mein treuester Freund begraben.“ Es ist ja nicht zu leugnen, daß mancher brave Gaul entschieden eher ein Denkmal verdient hat, als mancher ordensgeschmückte Reiter, dessen Standbild dem Straßenverkehr im Wege steht.

Gerichts-Beifung.

Ein umfangreicher Verurtheilungsprozess, der die neunte Straf-Kammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors H o p p e bis Freitag freischäftigen dürfte, nahm gestern seinen Anfang. Aus der Unterdrückung wurden vorgeführt: der Kaufmann Max Jellermayer, der Kaufmann Max Löwenthal, der Reisende Hermann Prox und der Agent Feix Tatzelbaum. Die Anklage beschuldigt Jellermayer in 18, Löwenthal in 15, Prox in 9 und Tatzelbaum in 4 Fällen des Betruges. Die Anklage wird durch Staatsanwalt Keller vertreten. Die Angeklagten werden durch die Rechtsanwältin Dr. Sello, Dr. Meyerstein, Blaschauer und Dr. Schwandt verteidigt. Es handelt sich um die Geschäftspraxis des von dem Angeklagten Jellermayer herausgegebenen „Markthallen-Anzeigers“. Jellermayer ist seit dem Jahre 1800 in Berlin und Inhaber eines Kaviar- und Delikatessengeschäfts an grossem. Nach seinen Angaben hat er in Czernowiz in der Bukowina in einem Petroleumgeschäft gelernt, später war er selbständiger Speculant in Nowocitiga, ist dann mit dem Kaufmann Schwarz nach Odessa gegangen und bei diesem bis 1884 in Stellung gewesen, hat in Semberg als Kritiker gedient, sich alsdann in Wien aufgehalten und ist schließlich nach Berlin gekommen. Im Jahre 1800 begründete er hier den „Markthallen-Anzeiger“, der wöchentlich einmal erscheint, in einer Auflage von 10 000 Exemplaren gedruckt und der Hauptache nach umsonst vertheilt wird. Sein Hauptzweck ist die Aufnahme von Inseraten. Bei der Erlangung solcher soll sowohl er, als auch seine Agenten, zu denen die drei Mitangeklagten gehörten, betrügerische Vorpiegelungen gemacht haben. Die Anklage behauptet, daß die Angeklagten in vielen Fällen den Auftrag der Besteller, die dem Kreise der kleineren Geschäftsleute angehörten, durch Fälschungen erschlichen, insbesondere sich die Unterschrift unter dem Bestellschein durch Fälschungen über dessen Inhalt verschafft, den unterschäftlich vollzogenen Bestellschein in einzelnen Fällen ordnungswidrig ausgefüllt haben u. d. S. Sämmtliche Angeklagte bestritten im gestrigen Termine ihre Schuld und behaupteten, daß sie sich lediglich auf die Anpreisungen allgemeiner Art, wie sie im Geschäftsleben üblich sind, um einen Dritten zu einem Geschäftsabluß geneigt zu machen, beschränkt haben. Speziell erklärte Jellermayer, daß er gar keinen Grund gehabt habe, auf eine betrügerische Geschäftshandhabung auszugehen, da er in seinem Geschäft nach Ausweis seiner Bücher einen Jahresumsatz von 500 000 M. gehabt und in 18 Monaten einen Verdienst von 30 000 M. erzielt habe. Er ist am 25. Oktober v. J. inhaftirt worden, ein von ihm angereicherter fahrdienlicher Zeuge beschäftigt ihm aber — zum Beweise, wie gut fundirt sein Geschäft sei — daß trotz der Verhaftung das Geschäft noch immer gut geht und ihm der Kredit nicht entzogen ist. Jellermayer verließ sich ferner auf eine Reihe von Zeugen darüber, daß auch die Verhältnisse des „Markthallen-Anzeigers“ auf guter und solider Grundlage beruhen, daß die Zeitung in einer Auflage von 10 000 Exemplaren tatsächlich gedruckt und theils an die Inhaber von Markthallen-Ständen vertheilt, theils durch die Post an Interessenten verschickt wurde und er behauptete, daß die Beschuldigungen des Betruges nur von solchen Leuten ausgehen könnten, die vom Inseratenwesen eine falsche Vorstellung hätten und glaubten, daß wenn sie für 5 M. Inserate aufgeben, sie sofort für 500 M. Vortheil einstreichen könnten. — Die Verhandlung über den allgemeinen Theil der Anklage, die Anklage und den Vertrieb des „Markthallen-Anzeigers“ fällt den ganzen Vormittag aus. Nachmittags wurden einige Spezialfälle verhandelt, die ohne jedes allgemeine Interesse waren. Da 37 Verurtheilte zu verhandeln und circa 70 Zeugen zu vernehmen sind, so wird die Verhandlung bis Freitag andauern. Wir werden uns darauf beschränken, seine Zeit die Strafanträge und das Urtheil mitzutheilen.

Verfammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Maurer, die am Donnerstag bei Keller, Koppenstraße, tagte und von etwa 1500 Personen besucht war, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, wobei die alten Organisationsstreitigkeiten wieder die Hauptrolle spielten. Bereits bei der Bureauwahl entstand eine außerordentliche Erregung, die auch während der ganzen Tagung der Versammlung anhält, so daß es den einzelnen Rednern große Mühe kostete, sich verständlich zu machen. Den Situationsbericht erstattete F r i e s c h e. Das Ergebnis der letzten Vaulontrolle wurde im „Vorwärts“ bereits veröffentlicht und ist nur hinzuzufügen, daß auch in diesem Monat mehrere Arbeitniederlegungen stattgefunden haben, die zu gunsten der Arbeiter verlaufen sind. Ingesamt wurde auf 14 Bauten die Arbeit eingestellt und dadurch für 306 Maurer der geforderte Stundenlohn von 90 Pf. erzielt. In einigen Fällen ist es außerdem gelungen, ohne Arbeitseinstellung eine Lohnerhöhung herbeizuführen. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit dem 28. Februar von Woche zu Woche ununterbrochen und zwar von 1552 Arbeitslosen auf 739 verringert. Für dieses Jahr sind bereits 6659 Sammelkarten zur Ausgabe gelangt und sind durchschnittlich pro Woche 4200 Zahlungen zu verzeichnen. Die Einnahmen betragen einschließlich des Bestandes von 21 803,31 M. am Schluß des Jahres 1897 insgesamt 31 224,26 M., die Ausgaben in diesem Jahre 14 634,45 M., so daß gegenwärtig ein Kassendefizit von 16 589,81 M. vorhanden war. In anbetragt dieser Kassenverhältnisse und in Rücksicht auf die lange Arbeitslosigkeit, die ein großer Theil der Maurer durchzumachen hatte, sowie in Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstags-Wahlen, zu denen Sammlungen veranstaltet werden, wurde vorläufig von einer Erhöhung der Beiträge Abstand genommen. Aus den übrigen Ausführungen, die meistens in den Geschäftsordnungsdebatten und in den Verhandlungen gemacht wurden, war nur noch zu entnehmen, daß auf den Bauten in Nordost, Charlottenburg u. d. S. die also nicht zum Berliner Streitgebiet gehören, die Beiträge für die betreffenden örtlichen Fonds bezahlt werden sollen. Zum Schluß wurde sodann ein Beschluß gefaßt, nach welchem mehreren, bei der Pausperre am Schiffbauerdamm theilhaftigen Maurern wegen ihres unkorrekten Verhaltens bei dieser Gelegenheit die Auszahlung der üblichen Unterstützung verweigert werden soll.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Adolf Reumann, Baumstr. 150. Alle Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Mantelstr. 50, vorn II. **Dienstag**, abends 9-11 Uhr: Nebensänger und Aufnahme neuer Mitglieder: „Steinecke“, Kloppestr. 91. — „Senefelder“, Schiller, Rosenhalestr. 57. — „Berchthold“ (Weiten), Berner, Bismarckstr. 59. — „Olympia“, Streit, Rannstr. 80. — „Dand in Hand I“, Richter, Mariannenstr. 41. — „Kreuzberg“, Buchholz, Halenshalde 68. — „Adelweiss“, Siekmann, Reichstr. 15. — „Ede II“, Mühlauer, Vinkenstr. 19. — „Wiederhall“, Schieber, Admiralsstr. 21. — „Freiheit II“, Schulz, Köpenick, Schöneleubstr. 9. — „Mythenblüthe“, Blume, Prenzlauer Allee 14. — „Unvergessl. II“, Deuffelstr. 9. — „Freies Lied“, Friedrichshagen, Schumann, Frankfurter Allee 181. — „Rathe Kette I“, Oth. Schöneberg, Grunewaldstr. 119. — „Rathe Kette II“, Rosin, Ruppinerstr. 42. — „Vorwärts IV“, Engel, Rahnweg, Jägerstr. 25. — „Nebenstraße“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Eichenkrone“, Jean Polton, Venzlau, Schöneleubstr. 67. — „Freier Sängerbund“, Witte, Ottenide, Köpenickerstr. — „Weddinger Harmonie“, Mühlbrodt, Müllerstr. 7a. — „Vorwärts VIII“, Schurbaum, Marwig in der Mark. — „Freie Sänger III“, Heegermühle bei Ederowalde. — „Frohheit I“, Merens, Rummelsburg, Goethe und Köpenicker-Gde. — „Kagel“ (gemischter Chor), Regner, Oranienstraße 134. — „Orante“, Häding, Rauhweiser, Langhansstr. 104. — „Sangeslust II“, Bergmann, Bismarckstr. 3. — „Reihe Hofe“, Wulshin, Reinholdstr. 103a. — „Arbeiter-Matthaus“, Heine, Kowalew, Währstr. — „Vorwärts VII“, Breves, Rummelsburg, Rauten Grottestr. Gde. — „Zandholz“, Abendroth, Badstr. 42. — „Alliance“, Dreier, Oranienstr. 51. — „Gladbeiler“, Zeldner, Köpenick, Müggelseestr. 29. — „Generalbata“, Basy, Göttemindstr. 3. — „Kreuzberger Harmonie“, Wöhling, Admiralsstr. 18c. — „Sangesblüthen“, Bötzner, Kraußstr. 6. — „Melodia II“,

Arbeiter-Turnerband Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Adolf Reumann, Baumstr. 150. Alle Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Mantelstr. 50, vorn II. **Dienstag**, abends 9-11 Uhr: Nebensänger und Aufnahme neuer Mitglieder: „Steinecke“, Kloppestr. 91. — „Senefelder“, Schiller, Rosenhalestr. 57. — „Berchthold“ (Weiten), Berner, Bismarckstr. 59. — „Olympia“, Streit, Rannstr. 80. — „Dand in Hand I“, Richter, Mariannenstr. 41. — „Kreuzberg“, Buchholz, Halenshalde 68. — „Adelweiss“, Siekmann, Reichstr. 15. — „Ede II“, Mühlauer, Vinkenstr. 19. — „Wiederhall“, Schieber, Admiralsstr. 21. — „Freiheit II“, Schulz, Köpenick, Schöneleubstr. 9. — „Mythenblüthe“, Blume, Prenzlauer Allee 14. — „Unvergessl. II“, Deuffelstr. 9. — „Freies Lied“, Friedrichshagen, Schumann, Frankfurter Allee 181. — „Rathe Kette I“, Oth. Schöneberg, Grunewaldstr. 119. — „Rathe Kette II“, Rosin, Ruppinerstr. 42. — „Vorwärts IV“, Engel, Rahnweg, Jägerstr. 25. — „Nebenstraße“, Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Eichenkrone“, Jean Polton, Venzlau, Schöneleubstr. 67. — „Freier Sängerbund“, Witte, Ottenide, Köpenickerstr. — „Weddinger Harmonie“, Mühlbrodt, Müllerstr. 7a. — „Vorwärts VIII“, Schurbaum, Marwig in der Mark. — „Freie Sänger III“, Heegermühle bei Ederowalde. — „Frohheit I“, Merens, Rummelsburg, Goethe und Köpenicker-Gde. — „Kagel“ (gemischter Chor), Regner, Oranienstraße 134. — „Orante“, Häding, Rauhweiser, Langhansstr. 104. — „Sangeslust II“, Bergmann, Bismarckstr. 3. — „Reihe Hofe“, Wulshin, Reinholdstr. 103a. — „Arbeiter-Matthaus“, Heine, Kowalew, Währstr. — „Vorwärts VII“, Breves, Rummelsburg, Rauten Grottestr. Gde. — „Zandholz“, Abendroth, Badstr. 42. — „Alliance“, Dreier, Oranienstr. 51. — „Gladbeiler“, Zeldner, Köpenick, Müggelseestr. 29. — „Generalbata“, Basy, Göttemindstr. 3. — „Kreuzberger Harmonie“, Wöhling, Admiralsstr. 18c. — „Sangesblüthen“, Bötzner, Kraußstr. 6. — „Melodia II“,

Witterungsübericht vom 2. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh m m	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0° C. = 32° F.	Stationen	Barometer hoh m m	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0° C. = 32° F.
Zwinnende	762	SW	0	Wolfig	10	Dapatzunda	760	SW	1	heiter	0
Damburg	768	SW	0	2/8 bed.	14	Peitzburg	768	SW	1	1/8 bed.	10
Berlin	761	SW	0	heiter	13	Cort	747	SW	0	5/8 bed.	10
Wiesbaden	769	SW	0	wolfl.	15	Niederben	767	SW	0	3/8 bed.	9
München	761	SW	0	wolfl.	14	Paris	—	—	—	—	—
Wien	763	SW	0	wolfl.	12						

Weiterprognose für Dienstag, 3. Mai 1898.
Warm und vielfach heiter, zeitweise wolfig, bei stichigen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Hamburger Engros-Lager

A. Jandorf & Co.

C. Berlin. SW. Spittelmarkt 16-17. Bellealliancestr. 1-2.

Gelegenheitskauf NUR vom 2. bis 5. Mai.

Jacken-Costüme 15 ⁷⁵ Mk. <small>aus La Covert-Coat, elegant gearbeitet in den neuesten Saison-Farben.</small>	Balkon-Möbel aus Bambus
Damenhandschuhe in hübschen Sommerfarben mit verschiedenf. Zwickel 30 Pf.	Kattune, bedruckt , grosse Auswahl neuer Muster 28 Pf.
Damenhandschuhe , Farbige, Suède Imitation, Vorzüglich i. d. Wäsche. 48 Pf.	Battist-Organdy weiss, für Schürzen und Kinder-Kleidchen 45 Pf.
Damenstrümpfe , Echt Diamantschwarz, Doppelsohle, Doppelspitze, Hochfersen 42 Pf.	Ripspiqué, bedruckt , solide Qualität, reiche Muster-Auswahl. 50 Pf.
Damenstrümpfe , garantiert echtschwarz, Doppelsohle, verstärkte Spitzen 55 Pf.	Reinwollener Beige , doppeltbr., in neuen Melangen 60 Pf.
Glacé-Handschuhe für Damen, 4 Knopf 1 Mk.	Neige-Karo , Frühjahrs-Neuheit, doppeltbreit 60 Pf.
Herren-Socken Beste Gesundheits-Fussbekleidung 65 Pf.	Armure, einfarbig , reine Wolle, in allen neuen Farben, doppeltbreit. 90 Pf.
Herren-Socken Reform mit doppelten Fersen und Spitzen 30 Pf.	Briefpapier 100 Briefbogen, 100 Couverts 65 Pf.
	Stühle aus Bambus 240 Mk.
	Bauertische aus Bambus 210 Mk.
	Sophatisch circa 75 ctm. lang, 42 ctm. breit, aus Bambus 275 Mk.
	Hoeker aus Bambus 150 Mk.
	Papierkorb aus elegantem Geflecht 125 Mk.
	Bambusständer mit bunter Steingutplatte 38 Pf.
	Messerbänke aus Alfenide 135 Mk.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 3. Mai.
Oberhaus. Mär. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Silberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Kinder der Bühne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Der Hattenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Doppelfeldmord. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Operndieb. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Freuden der Hauslichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Herr Coulislet. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Haberer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. 8 Rollen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Unter der Polarionne. Anfang 8 Uhr.
Bellevue. Die Kermessen. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Der jüngste Lieutenant. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Der Trompeter von Säckingen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Gefallene. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taudenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panoptikum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien.
Myrto. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ostend-Theater.

Or. Frankfurtstr. 132. Dir. G. Weh.
Letzte Woche! Letzte Woche!
 Zum 94. Male:
Unter der Polarionne.
 Im Tunnel vor u. nach der Vorst.
 Or. Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Am 10. Mai findet das 30jährige Schauspielers-Jubiläum des Direktors Carl Weh statt; zur Auf- führung gelangt: Der Stadttrompeter.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Dienstag:
Doppelfeldmord.
 Mittwoch:
Zum ersten Male: Galeotto.
 Donnerstag:
Galeotto.

Central-Theater

Alle Jakobstr. 30.
 Dienstag, den 3. Mai 1898:
Zweites Gastspiel des Ziala-Ensembles „s Nuller!“
 Vollständ. mit Gesang in 5 Akten von Carl Morre.
Hand Neueri und Paula Wirth als Gäste.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Dienstag: Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater

34. Reichsbergerstraße 34.
 Abends 8 Uhr:
3. Gastspiel von Emma Frühling. Der jüngste Lieutenant.
 Voffe mit Gesang in 3 Akten v. Gd. Jacobson. Musik v. G. Reinhardt.
 Mittwoch: **Arme Waise!**
 Marie: Anna Müller-Lincke.
 Vorbestellungen v. Billets durch Telephon Amt 4 Nr. 2074 werden ohne Aufgeld an der Abend- kasse reserviert.

Budapester

Possen- u. Operntheater
Kaufmann's Varieté
 Direktion: Gehr. Herrnsfeld.
 Den siegreichsten Erfolg der Saison erzielen die neuesten Gebrüder Herrnsfeld'schen Sensationsstücke
„Die vierte Frau“
 und
„Von Dreien der Glückliche“
 mit Donat und Anton Herrnsfeld und Martin Bendix in den Hauptrollen.
 Ausserdem: Auftreten von **Solo-Spezialitäten.**
 Anfang präz. 8 Uhr. Vorverkauf von 10-5 Uhr.

Neue Freie Volksbühne

Donnerstag, den 5. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, im „Thalia-Theater“:
Tiebele.
 Schauspiel in 4 Akten von K. Schnitzler.
 Einige **Neuaufnahmen** können wieder vorgenommen werden und sind **Bewerber** ersucht, sich **schleunigst** an einer der **Zahlstellen** zu melden.
Achtung, Moabit: Die Zahlstelle M. Schiefel, Hattenstr. 6, ist aufgehoben. Die in Frage kommenden Mitglieder sind gebeten, dafür die Zahlstelle **P. Drucker, Deusselstraße 88** oder die neuerrichtete **Herm. Becker, Gohlisdorfsstr. 9,** in Anspruch zu nehmen. 150/9

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's
INDIEN
 SAVIGNYPLATZ
 BAHNSTATION
 Vorstellungen in der Arena: 5 und 8 Uhr nachm.
 Im Theater ab 4 Uhr beständig.
 ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
 ENTREE 50 PL.

Urania
 Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pl. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschläge.

Castan's Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
 Ein lebender **Riesen-Orang-Utan** der „Waldmensch“ von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenhändigerin.

Passage-Panopticum.
 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien.
 Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Maehr's Theater
 Oranien-Strasse 24.
 Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
 Zitierte Liebe. Voffe.
 Unglückliche Familienverhältnisse Voffe.
 Hertha Lorenz, Mariotta Berndt, Kollmannsdreite, Kollmannsdreite.
Clemens Focke, Original-Darsteller.
 Anfang: Preise der Plätze
 Abends 8 Uhr, wie gewöhnlich.
 Sonntag 6 Uhr, Größung der Sommergärten am Donnerstag, den 19. Mai, im schattigen Sommergarten.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 216. Dir. J. Glöck.
 Eröffnung der Sommersaison.
Vollständig neues Programm.
Henry Bender. Rob. Steidl. Edi Blum.
Eugenie Fougère u. s. w.
 Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 8 Uhr.
 In Vorbereitung:
Don Juan in der Hölle.

W. Noack's Theater
 Braunen-Strasse 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Papa's Liebshaff.
 Schwank in 4 Akten von Masachom und Löner.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
 Allen Freunden u. Genossen empfehle ich mein 4820/2
Weiss- u. Bayr.-Bier-Lokal.
 Vereinszimmer, 15-40 Pers. fast, in Piano u. Billard, sowie zu Zapf stellen, stehen zur Verfügung.
Ferdinand Schulz, Schöneberg, Bahnhofsstr. 35.

Concerthaus
 Leipzig-Str. No. 18
 Täglich:
Hoffmann's Quartett
 und **Humoristen.**
In Zossen.
 Billet-Vorverkauf von 12 bis 2 Uhr.

Ton-Halle,
 Friedrichstraße 112.
 Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: **Gr. Ball.** 4738/2
 Empfehle meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Mühlgraben,
Teufelssee, Mühlgraben,
Marienthau, a. d. Dohms,
 höchsten Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Mühlgraben-berge. 4734/2

C. Streichhan,
 Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.
Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 5045/2
Robert Meyer,
 No. 2. Mariannenstr. No. 2.
 Wbunungs-Kränze, Guirlandes, Ball- stützen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 (Verwaltungsstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 4. Mai 1898, abends 8 Uhr, im Lokal von Wilko, Andrastr. Nr. 26:
Bezirks-Versammlung
 für Drahtarbeiter und Berufsgenossen.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Ingenieur Grempe. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 4. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirksversammlung für Wedding
 im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße 23.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Berufskrankheiten der Metallarbeiter“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die Bibliothek des Verbandes befindet sich im Restaur. Märchel, Nützenstr. 35. Dieselbe ist geöffnet jeden Abend von 7 1/2 bis 9 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bauarbeiter!
Oeffentl. Versammlung
 der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, Berlins und Umgegend
 am Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr, in Fenerstein's Gehäusen, Alte Jakobstr. 75.
 Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitsverhältnisse und wie stellen sich die Bauarbeiter dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um rege Beteiligung ersucht **Die Kommission.** J. A.: W. Noack.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!
 Hiermit zur Nachricht, daß vom Montag, den 2. d. M., alle Anzeigen betreffs Lohnstreitigkeiten an das Bureau Julestr. 10 v. II, bei **Stabernack,** in der Zeit von 7-12 und von 2-7 Uhr abends zu richten sind. Alle Briefe und sonstige Sendungen ebenfalls an obige Adresse. Wir ersuchen die Kollegen Berlins und Umgegend streng darauf zu achten. Telephon Amt VII Nr. 1212. **Die Kommission.** J. A.: W. Noack.

Eine Pracht!
 Die Hausfrau, deren Wasche prächtig, Erregt den Neid der andern mächtig, Sie hat erwählt das beste Theil: Heil dem **Extract von Karol Well!**
 Das Vorzüglichste zur Toilette ist **Karol Well's „Karola“**, Lieblingsseife der Damen.

Donnerstag, den 5. Mai, abends 8 Uhr:
14 Volks-Versammlungen.

- I. Kreis:
Feen-Palast, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke
- II. Kreis:
Bock-Brauerei, Am Tempelhofer Berg.
- III. Kreis:
Märkischer Hof (Möhring), Admiralsstraße 18c.
Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
- IV. Kreis:
Sanssouci, Kottbusserstraße 4a.
Brüder, Waldemarstraße 75.
Urania, Braungelstraße 10-11.
Keller's Festsäle, Koppenstraße 29.
O. Stechert (früher Joel), Andreasstraße 21.
- V. Kreis:
Brauerei Friedrichshain (früher Lips).
- VI. Kreis:
Berliner Prater, Kastanien-Allee 7.
Volksgarten, Badstraße 56.
Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.
Ahrens' Brauerei, Thurmstraße 25-26.

Tages-Ordnung:
Was hat das deutsche Volk von dem Ausfall der Reichstagswahlen zu erwarten?
 Referenten: **Bebel, Borgmann, Fischer, Förster, Gerich, Heine, Liebknecht, Lütgenau, Robert Schmidt, Singer, Jadet.**
 Genossen, Genossinnen! Mit diesen Versammlungen treten wir in die Wahl-agitation ein. Ihr wißt, was bei der diesjährigen Wahl auf dem Spiele steht. Zeigt, daß Ihr mündig seid, agitiert, klagt auf. Sorgt auch dafür, daß Eure Mitbrüder und Mitbewestern die Versammlungen besuchen, um sich unsere Bestrebungen klarlegen zu lassen. Frisch auf, zur fröhlichen Wahlschlacht!
 213/10
Die Vertrauensleute Berlins.

Danksagung.
 Allen Freunden, Bekannten und Genossen, die meinen Lieben, unvergesslichen Mann zur letzten Ruhefahrt geleitet, sage ich meinen herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.
Wittwe Ida Bartel.
Ehrenerklärung.
 Die Beleidigung, die ich dem Bauarbeiter W. Noack zugefügt habe, nehme ich zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.
F. Tasche. 335/2

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Süden: bei **Krieger, Wasserthorstraße 68.**
 Tagesordnung: Wann stellen die bei der allgemeinen Lohnbewegung im Jahr 1898 zurückgebliebenen Werkstätten ihre Forderung auf Einführung der 32stündigen Arbeitszeit?
 Besonders sind eingeladen die Kollegen von **Frank, Dreddenersstraße** und **Appelt, Wasserthorstraße.**
Südosten: bei **Rautenberg, Cranienstr. 180.**
 Folgende Werkstätten sind zur Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung eingeladen: **Kollisch, Pflasterstr. 58. Reisch, Forsterstr. 54. Seibel, Köpplingerstr. 30.**
 Besonders werden die Vertrauensleute der Bantischlereien eingeladen.
Osten und Nordosten: bei **Mann, Straußbergerstr. 3.**
 Kollegen sorgt dafür, daß jede Werkstätt durch einen Vertrauensmann vertreten ist.
 Hierzu ist die Werkstätt von **Friede, Bäcklingstr. 6,** eingeladen.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
 Schwebertstr. 23 bei **Wernau.**
 Tagesordnung: 1. Besprechung der Lage in den Bantischlereien. 2. Diskussion.

Wedding und Gesundbrunnen:
 im Lokale des Herrn **Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.**
Westen und Südwesten: bei **Zubell, Lindenstr. 106.**
 Die Kollegen von **Sänger, Wauerstr. 47/48,** sind eingeladen.
Moabit: im Lokale **Thurmstraße 84.**
 Es ist dringend notwendig, daß die Bantischler in den Versammlungen sämtlicher Bezirke sich vertreten lassen, um über die bevorstehende Lohnbewegung zu beraten.

Brande der Musikinstrumenten-Arbeiter:
 Mittwoch, 4. Mai, abends 8 Uhr, bei **Zubell, Lindenstr. 106.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag und Diskussion. 2. Werkstättenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Nicht der Verbandskollegen ist es, aus jeder Werkstätt einen Kollegen zu delegieren.

Modell- und Fabrik-Tischler
 im „Vorstädtischen Kasino“, Adlerstr. 114.
 Tagesordnung: 1. Die Ueberstunden in unserer Branche und wie schaffen wir dieselben ab. 2. Wie stellen wir den Kollegen die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu? 3. Verschiedenes.
 Kollegen! Sorge jeder dafür, daß alle, auch die kleinsten Werkstätten vertreten sind, denn nur dann ist es möglich, die letzten unzulässigen Zu- sätze zu ändern.

Drechsler.
Südosten: Restaurant **Metzner, Cranienstr. 184.**
 Die Kollegen von **Köller, Neue Jakobstr. 5,** und von **Scha, Mariannenstr. 31/32** sind besonders hierzu eingeladen.
Südwesten: Restaurant **Zubell, Lindenstr. 106.**
Norden: Restaurant **Hoppe, Adlerstraße Nr. 145.**
 Hierzu sind besonders die Werkstätten von **Vornede, Bernauerstr. 78; Wagemann, Joachimstr. 11a,** eingeladen.
Osten: Restaurant **Mühle, Koppenstraße Nr. 41.**
 Hierzu sind besonders die Kollegen der Werkstätten von **Ludwig, Morandstr. 6; Müller, Memelerstr. 40; Drechsler, Gränerweg 7) und Palfsdorferstr. 75,** eingeladen.
Berliner-Verammlung der Stellmacher
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
 Tagesordnung: 1. Wahl einer Werkstätt-Kontrollkommission. 2. Unser Arbeitsverhältnis. 3. Gemeinlichliches.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.
 20/3
B. Günzel, Löttingerstr. 52. Spezialität: Vorträge sozialistischer Führer, Vorkasse, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Radeln, Brochen, Knöpfen, Wästen, Silbern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisdruckant.)

Die Torgelower Streikaffäre vor dem Steffiner Schwurgericht.

Das braconische Urtheil, welches bürgerliche Geschworene und ein, nicht Verantwortlicher über die unglücklichen Angeklagten gefällt haben, ist unseren Lesern aus der Sonntags-Nummer bekannt. Wir tragen aus der Schlussverhandlung vom Sonnabend Abend das Wesentliche nach:

Verteidiger Dr. Heinemann geht auf die Ursachen des Streiks ein. Festgestellt ist, daß im 10. Januar alles ruhig verlaufen ist. In dem Aufstellen der Streikposten liegt nichts Ungeheures. Andere Gerichte haben das Postenstellen als groben Anstoß angesehen, das Reichsgericht und Oberlandesgericht haben das Urtheil aufgehoben und gesagt, wenn der Arbeitgeber den Streik als berechtigt erklärt, müssen auch die Mittel zur Durchführung als berechtigt gelten. Von Wastisch ist festgestellt worden, daß er sich als höchst geschickter und vorsichtiger Leiter erwiesen hat. Dagegen müßte das Vorgehen der Arbeitgeber böses Blut machen. Das Verhalten der Arbeitgeber stellt sich als eine ununterbrochene Kette von Gesetzwidrigkeiten dar. (Bewegung). Ja, als eine Kette von Gesetzwidrigkeiten, denn die Beschränkung des Koalitionsrechts ist nichts als eine Gesetzwidrigkeit. Wenn der Staatsanwalt gesagt hat, dieser Streik könnte möglicherweise Veranlassung geben, die Ausübung des Koalitionsrechts zu beschränken, so meine ich, dazu liegt gar kein Anlaß vor, im Gegentheil, der Streik zeigt, daß es notwendig sein wird, Verschärfungen der Strafe für diejenigen zu erlassen, welche den Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts hindern wollen. Der Staatsanwalt sagte, den besonderen Rechten müssen besondere Pflichten gegenüberstehen, es handelt sich aber hier gar nicht um ein besonderes Recht, denn das Koalitionsrecht steht auch jedem anderen zu. Ich meine, so sehr die Ausübungen an sich zu verurtheilen sind, so ist doch der Gesichtspunkt nicht von der Hand zu weisen, daß es sich hier nicht um eine einfache Prügelei handelte, daß die Arbeiter hier um ihr wichtigstes Recht kämpften. Der Verteidiger kommt hierauf auf die einzelnen Angeklagten zu sprechen und befreit, daß sämtlichen Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit innewohnt habe. Namentlich die Angeklagten, die zum Guten geredet haben und ihre Gesinnung vom Schlagen abgehalten haben. Der vom Staatsanwalt proklamirte Grundsatz „Mitgelangen, mitgehen“ entspricht dem Gegentheil von Gerechtigkeit. Es wird jeder einzelne Angeklagte individuell zu behandeln und bei jedem Einzelnen genau zu prüfen sein. Auch ich halte mit meinem Mitverteidiger die Bezeichnungen der Mitangeklagten für nicht ausreichend, um die

Angeklagten ins Zuchthaus zu schicken. Ich bitte deshalb, die Fragen nach dem qualifizierten Landfriedensbruch zu verneinen.

Vert. Rechtsanwalt Wolff verteidigt den Angeklagten Heiden, der als Handelsmann mit dem ganzen Streik nichts zu thun hatte und nur aus Reue in den Wald gegangen sei. Heiden sei nur von Mitangeklagten bezeugt, die sich aber alle sehr unbestimmt ausgedrückt hätten, des qualifizierten Landfriedensbruchs sei Heiden nicht überführt.

Vert. Justizrath Mitschell plädiert für Freisprechung derjenigen, welche durch Mißbrauch, vom Schlägen abzulassen, ihre Mißbilligung des ganzen Verhaltens der übrigen deutlich zu erkennen gegeben haben. Die übrigen Verteidiger schließen sich den rechtlichen Ausführungen der früheren Verteidiger an. A. A. Lewin befreit insbesondere das für den Thatbestand des Landfriedensbruchs erforderliche Moment der Oeffentlichkeit. Es sei eine bestimmte begrenzte Menge gewesen, nicht eine solche, die aus der Oeffentlichkeit Zugang erhalten konnte oder erhalten hat. Die Verteidiger plädiren deshalb für Freisprechung ihrer Klienten.

Erster Staatsanwalt Plumet wendet sich gegen die Äußerung des Verteidigers Heinemann, daß die Fabrikanten eine Gesetzwidrigkeit begangen haben. Es muß den Unternehmern das Recht gewahrt bleiben, sich ihre Arbeiter auszusuchen zu dürfen. Die Ausschreitungen richteten sich aber gar nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen jeden in betracht kommenden unglücklichen Arbeiter.

Rechtsanwalt Heinemann erwidert, bei der Firma Menzel liegt ein Rechtsbruch vor, denn sie hat den an feierlicher Stelle vor dem Gewerbeverein in Uedermünde geschlossenen Vergleich nicht gehalten. Ich habe mich vorher so milde wie möglich ausgedrückt. Jetzt will ich sagen, wenn ich mir die Entscheidungen des Reichsgerichts über den Begriff der Erpressung ansehe, so unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß in dem Verlangen der Unterschrift eines Reberes eine Erpressung liegt, in welchem es heißt: A. R. verpflichtet sich, aus dem Metallarbeiter-Zachverein auszutreten, widrigenfalls ihm sofort gekündigt wird und er zehn Mark an die Fabrikfabrik zahlen muß. Ich empfehle die Angeklagten noch ihrer Milde, weil ja bewiesen worden ist, daß sie außerhalb Torgelows keine Arbeit erhalten konnten, was die Erpressung der Arbeiter steigern mußte. Bedenken Sie doch auch, daß in anderen Streifen Standeslosigkeit verlangt wird und diejenigen in Haft zu werden, welche an getroffenen Verabredungen nicht theilnehmen. Natürlich äußert sich in diesen Schichten der Gesellschaft die Mißachtung nicht in der hier in Rede stehenden strafbaren Weise. Wenn Sie diese Gründe würdigen, werden Sie zu einem milden Urtheil gelangen.

Nach kurzer Rechtsbelehrung seitens der Vorsitzenden ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

Die bürgerlichen Geschworenen bejahen bei Meher die Frage der Mädelisfähigkeit, sprachen die Angeklagten Widmann, Vorchardt, Teufelwaldt, Heiden, Berger, Foth, Holz und Franz Peters des schweren Landfriedensbruchs, die Angeklagten Bach, Eggbrecht und Friedrich Peters nur des einfachen Landfriedensbruchs schuldig und billigen den Angeklagten Widmann, Vorchardt, Holz und Franz Peters mildernde Umstände zu. Von den übrigen 28 Angeklagten werden 14 des Landfriedensbruchs schuldig gesprochen, bei 14 Angeklagten wird die Schuldfrage verneint.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Meher 5 Jahre Zuchthaus, gegen Heiden 3 Jahre 6 Monate, gegen Teufelwaldt 3 Jahre, gegen Berger 3 Jahre und gegen Foth 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen Widmann, Vorchardt, Holz und Franz Peters je 2 Jahre Gefängnis, gegen 14 Angeklagte die Freisprechung und gegen die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahre.

Die Verteidiger ersuchen um mildere Strafen. Der Gerichtshof verurtheilt Meher zu drei Jahren, Heiden und Berger zu je 2 Jahren, Teufelwaldt zu 1 Jahr 9 Monaten, Foth zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, Meher auch zu Ehrverlust auf 3 Jahre und Zulassung von Polizei-Aufsicht, die Angeklagten Widmann und Vorchardt zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Holz und Franz Peters zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Eggel, Alpen und Ernst Foth werden zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt, 14 Angeklagte werden freigesprochen, die übrigen 14 Angeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Um 9 1/2 Uhr abends war die Verhandlung zu Ende.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten werden nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

A. in B. Sie schreiben, das „Berliner Tageblatt“ habe noch gemeiner auf die Arbeiter geschimpft, als der „Hamburger Korrespondent“, es verdienne auch eine Hängung. Aber denken Sie doch, das „Berliner Tageblatt“! Wer würde dem so viel Ehre erweisen!

Chiffre 20. Die Gehaltsverhöhung wurde den Unterstaatssekretären nicht bewilligt.

Schöne. Wir bedauern, Ihnen keine Auskunft ertheilen zu können.

Spick... Wir befallen uns nicht mit der Denunziation von Brotschreibern, wir haben deshalb Ihre Schreiben der Buchhandlung Vorwärts übergeben.

D. S. 4. Vielleicht bewähren Sie sich zur Arbeiter-Bildungsschule, Julestr. 10, 2 Tr.

Gegründet 1872. F. Nahrstedt Farsprecher: Amt IV, No. 9777.



Tricotagen u. Wollwaren. F. Nahrstedt. Ganze Ausstattungen.



Wrangel-Strasse 40-41.

Cacao von Louten

Ein angenehmes, nahrhaftes Getränk, ohne die ablehnenden nervenstörenden Wirkungen von Kaffee und Thee.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämierte Tuche liefern wir zu hervorragenden niedrigen Preisen **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von einfachster, bis feinsten in reeller Waare. Vorzügl. erstklassige Musterauswahl senden Jedem franco ohne Kaufzwang. Welt über 1000 ehrende Anerkennungs-schreiben beweisen unsere tadelloso Lieferang. Die Zahl der uns allein im Jahre 1897 durch uns geschmackvollen, gediegenen Tuche und billigen Preise erworbenen neuen Kunden beträgt **11860**. Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden. Da sie sich durch unsere Bücher ergibt! uns seit 1893 bekannte und beliebte Spezialität wird in schwarz, blau, braun geliefert und kosten 3 Mtr. zum gediegenen Anzuge **12 Mark**.

Monopol-Cheviot

Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!

Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78. Man bittet genau zu adressiren.

Commerzproffen jeder und gründl. in kurz. Zeit zu entlern. Nr. 2, 50.

Gesichtspfeifel, Rinne, Mitterer, Hautdiele, schnell und radikal zu befechtigen Nr. 2. - Granis gegen Erfolge oder Nachtheil. Garantie für Erfolge und Unschädlichkeit. Diese glänzende Pommeschreiben. Nur direkt b. (4744) * Reichel, Spezial, Berlin, Eisenbahnstr. 4. | Poppenstr. 60.

!! Anzeige!!

Valetots, Weinleider, vorjährige, nach Rauch bestellt, nicht abgeholt, verlauschteste d. Koffenpreises, Toppen, bis oben annehmlichen, von Lieferung zurück, geduldet, leicht, alle Farben.

Engel, Müngstr. 26, parterre.

Sprosser, Radlig, alle Sorten Wald-bögel, Bogelbauer billig. **Schnelle.**

Reichel, Spezial, Berlin, Eisenbahnstr. 4. | Poppenstr. 60.

Haut- und Harnleiden

heilt gründl. **Gomdop. Haedecke,** Rosenthalerstr. 23. 9-11, 3-5.

Patente

Cognac selber zu machen.

Man nehme 1 Originalflasche **Reichel's Cognac-Essenz** für 75 Pfg., 1 Liter reinen Weingeist (Spiritus vini) und 1/2 Liter Wasser. Die Mischung ergibt ein reines, gesundes, wohlbedimmliches Getränk von vollem, herrlichem Bouquet und hochfeinem Geschmack, welches an Feinheit jedem Cognac vollständig gleicht. Es giebt Nachahmungen, welche Cognac in nichts gleichen als in der Farbe und nur Wohlthun erregen. Täufelndach erprobt und anerkannt ist nur die unübertreffbare, unvergleichliche **Reichel's Cognac-Essenz,** welche echt einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei **Otto Reichel,** Eisenbahnstr. 4. Fernspr. 2 4. 3190. Verkaufsstellen nirgends. Zusendung frei Haus, auch einzelne Flaschen. Anwärts durch die Post. Die Selbstbereitung von Rum, Nordhäuser und sämtlichen Liqueuren mit den Combinirten Original-Reichel-Essenzen. (Patentamt. geschützt.) Prospekte mit Rezepten gratis u. franco.

Man trinke:

Original-Löwenbitter

Das beste für den Magen.

In Flaschen **1 Mtr. 0.60, 1.10 u. 1.80.**

Wie im Kaufhaus überall zu haben.

Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen. (60482)

R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Vorklo-Betrieb
N., Brunnenstr. 152.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. Fahrrad-fabrik auf 49992

Theilzahlung ohne Preisverhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.

Reparatur-Anstalt.

Adomeit & Landau, Lothringerstrasse 48 I, dicht am Rosenthaler Thor.

Wer will viel Geld verdienen? verkaufe bei hoher Provision

Wust. grat. u. franco **G. Kniff's Einbeid Tapeten** in Hannover.

Wöhl. S. f. 1 D., separ., Blumenstrasse 63b, II. L.

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. * Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Für 2-3 Mark

Nichte sehr groß, zu Knabenanzügen, Reife zu Herrenanzügen, schöne Pulver 7-10 M. Für 12 M. f. Chelviot, auch Kammerjarethe, Paletots und Damenreife so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager Kranienstr. 14, I., kein Laden.

Möbel Theilzahlung.

J. Kellermann, Jacobstr. 26.

Sophastoffe

aus **Reste** in Alpis, Damast, Crèpe, Phantasie, Gobelin und Blausch (149711)

Proben franko!

in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.

Betten

Steppbetten, Gardinen, Wäsche, Portieren, Chaiselongues, Tischdecken.

Sommerpaletots, Remontoirer, Regulatoren, Reiselocher, Opermähler, portabillig Vandalische Reanderer 6.

5 1/4 Pfd. Brot 50 Pfg.

liefert (60482)

Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 8. Vangeit. 26. Falkensteinstr. 28. Kaufstr. 2.

Möbel-Verkauf.

Cranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Stagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Anzahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung täglich Umgang verließen gewollener und gebrauchter Möbel aller Art zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franco. 65112

Fahrräder, erfindungsreich, Fabrikat.

Reparatur- **Franz Slange,** Oppenheimerstr. 7, 1 Tr. - Tel.: IV, 3311.

Für 3 Mtr. Radfahren lehre ich jedermann. Bestellungen per Postkarte. **29. Diese, Siedingstr. 7. 33506**

!! Dienstag !!

Reiseverkauf zu Knaben-Anzügen, von feinsten Herren-Anzügen übrig gegeben, portabillig.

Engel-Schneider, Müngstr. 26, prt.

! Wer - Stoff - hat!

seitige Anzug 20 M., halbt. Zuchthaus zwei Anproben nur unter Garantie für guten Stoff, 500 Anzugstoffpreise 15 M., reine Wolle, neueste Farben. Gelegenheitskauf, portabillig, so lange Vorrath.

Engel, Müngstr. 26, prt.

Edelst. f. G. billig Reberstr. 17, v. 3 Tr. 2. 33586

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75. 1^o

Ing. Martin Herzberg.

Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Eberswalde, Victoriastr. 34.

Restaurations Fremdenlogis von August Schulz.

Bereine können angenehmen Raucher machen. 49168

Arbeitsmarkt. Redakteur gesucht.

Für die Monate Mai und Juni wird zur Ausschilfe ein schrift- und redigierender Genosse für die untergeordnete Redaktion gesucht. Offerten werden schriftlich erbeten.

Redaktion des „Lübecker Volksboten“
Lübeck, Johannisstr. 50.

Arbeiterin auf Knabenanzügen bei hohem Arbeitslohn in und außer dem Hause verlangt. 3354

Cohn, Wallfadenstr. 3.

Wäckerin wird verlangt Kaiser Franz Grenadierplatz 5. 33558

Tüchtige Facharbeiter werden ver. Silberwarenfabrik Körner & Prohl, Feingoldstr. 16. 33006

Arbeiterinnen auf Knabenanzüge u. Nähen, Hildorf, Wallerstraße 22.

Dütenkleberei.

Zur Herstellung größerer Mengen Apotheken- u. Zigarettenbeutel, Bütten- und Blauer Zunderbeutel z. wird in Berlin jemand gesucht, der geübte und sauber arbeitende Kräfte an der Hand hat und eine eigene Kleberei einrichten will. Angeb. unter T. 3 an dieses Blatt erbeten.

Verlässlicher v. Blumenstr. 34a, 2 Tr.

Gejucht.

Tüchtiger, selbständiger Arbeiter auf leichte Berliner Messerschalen findet in einer Silberwarenfabrik dauernde, gutbezahlte Stellung. Angebote unter R. 3 an d. Exp. b. Bl.

Blätterinnen auf Stehtragen und Wandschritten in und außer dem Hause verlangt M. Troppo, Schönhauser Allee 107a, Fabrikstr.

Steppdecken-Arbeiterin, auf Gombardstr., außer dem Hause, verlangt J. Lichtenstein, Neue Friedrichstr. 78. 65269

Oberzuschneider

für große Tragen, Heubden- u. Mousens-fabrik gesucht. Offerten befördert unter A. M. Postamt 18.

Lehrling sucht G. Weidig, Berg-golder, Bismarckstr. 9. 33015

Eine ältere Frau mit Welt wünscht einem Manne die Wirthschaft zu führen. Offerten unter P. K. Postamt 25 bis Freitag. 33598

